



**Start of Eva Gillatt Family Collection**  
**AR 11893**

Sys #: 000412443

LEO BAECK INSTITUTE

Center for Jewish History

15 West 16th Street  
New York, NY 10011

Phone: (212) 744-6400

Fax: (212) 988-1305

Email: [lbaeck@lbi.cjh.org](mailto:lbaeck@lbi.cjh.org)

URL: <http://www.lbi.org>



AR 11893

VI

Eva Gillatt Family Collection, 1953-1961

DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FERNEUF 87 43 17

POSTSCHOCKKONTO: BERLIN-WEST 11185  
BANK: BERLINER HANDELS-BANK A.G.,  
BERLIN-SCHMARGENDORF,  
AUGUSTE-VIKTORIA-STRASSE 40  
BÜROZEIT:  
9-18 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

R/B. BERLIN-WILMERSDORF, DEN 15. Januar 1953.  
RUHRSTRASSE 1-3/IV, ZIMMER 409  
AM FRIEDHOFER PLATZ

Frau  
Eva Gillatt,  
77, Barlow Road Levenshulme,  
Manchester 19 /England;

Herrn  
R.M. King,  
12, Ashley Drive,  
Sale / Cheshire (England ).-

Sehr verehrte Frau Gillatt !

Auf meine Rückfrage vom 5. Dezember 1952, mit der ich Ihnen die  
Erwiderungsschriftsätze des Finanzsenators vom 10. November 1952  
übersandte, habe ich noch keine Mitteilung erhalten. Ich bemerke  
dazu, dass es sich bei den Wertpapieren nach der Auskunft der  
Deutschen Bank vom 16. Juni 1951, die ich Ihnen am 20. Juni 1951  
übersandte, ausschliesslich um polnische, russische und öster-  
reichische Papiere handelte, von denen der Finanzsenator wohl  
mit Recht sagt, dass sie non-valeurs, also völlig wertlos seien,  
so dass die Durchführung des Verfahrens keinen Sinn hätte.

Bezüglich des Guthabens bei der Deutschen Bank von 5.147,40 RM  
stehen die Gerichte zurzeit auf dem Standpunkt, dass es sich um  
Vermögenswerte handelt, die im russischen Sektor von Berlin ent-  
zogen wurden, weil die Deutsche Bank dort ihren Sitz hatte, und  
dass unter das Rückerstattungsgesetz nur Entziehungen fielen,  
die innerhalb der Westsektoren erfolgt seien. Der Antrag, den  
Sie gestellt haben, wird daher mit Sicherheit sowohl vom Wieder-  
gutmachungsamt wie vom Landgericht und Kammergericht abgewiesen  
werden. Eine höchstrichterliche Entscheidung liegt noch nicht  
vor und dürfte auch sobald noch nicht ergehen.

Ich bitte Sie wiederholt um Ihre Äusserung, ob Sie das Verfahren  
fortsetzen wollen.

Mit bestem Gruss

Thr



Rechtsanwalt.

Abschrift.

Gemeinschaftlicher Erbschein.

Die Erben der verstorbenen

Frau Anna S o h n e h n o w geb. Rapsman,  
die zuletzt in Berlin-Charlottenburg, Ansbacher Str. 98 wohnte  
und deren Tod am 31.12.44 durch Beschluss des Amtsgerichts  
Charlottenburg vom 9.10.48 - Nr. 14 II. 398/48 - festgestellt  
worden ist, sind

1. zur Hälfte des Nachlasses:

ihr Sohn, Hr. Ing. Kurt Julius Victor Schachnow,  
77, Fitzroy St. Melbourne- St. Kilda, Vic. Australia,

2. je zu einem Viertel des Nachlasses:

- a) Frau Eva Emma Hilatt geb. Oppenheim,  
77, Barlow Road, Levenshulme, Manchester 19,  
England,
- b) der technische Vertreter Werner Oppenheim,  
jetzt Ronald Michael King,  
17, Dunollie Road, Sale Moor, Cheshire,  
England.

Durch diesen Erbschein werden etwaige Verfügungsbefugnisse  
auf Grund des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung in Bezug auf  
die Vermögen der Erblasserin und der Erben n i c h t berührt.

Berlin-Charlottenburg, den 20. Oktober 1950  
Amtsgericht, Abt. 29  
gez. Dr. Fehe  
Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt  
Berlin-Charlottenburg, den 27. Oktober 1950  
Fleck  
Kanzleisekretärin  
als Urlandsbehalter der Geschäftsstelle  
des Amtsgerichts.

L.H.

DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FEHRHUF 85 48 17 U. 82 49 17

POSTSICHERKONTO: BERLIN-WEST 11186  
BANKK.: BERLINER HANDELS-BANK A. G.,  
BERLIN W 15, UHLANDSTRASSE 162/166  
BÜROZEIT:  
9-16 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

H.

BERLIN-WILMERSDORF, DEN 13. Juli 1954.  
RUHRSTRASSE 1-MTV. ZIMMER 409  
AM FEHRRELLER PLATZ

Neue Büromannschaft:  
Berlin-Wilmersdorf  
An der Uhl. 162/166  
U. 82 49 17  
S-Bahn Schwansee

Frau

Eva Gillatt,  
77, Barlow Road, Levenshulme,  
Manchester 19, England.-

Herrn

R. M. King,  
12 Ashley Drive,  
Sale, Cheshire/England.-

Sehr verehrte Frau Gillatt!

In Ihrer Rückerstattungssache ./.. das Deutsche Reich  
betr. Wertpapierdepot bei der Deutschen Bank - 5 WGA 3172/50 -  
übersende ich Ihnen in der Anlage Abschrift des Beschlusses  
vom 22. Mai d. Js., der mir am 8. Juli 1954 zugestellt wurde.  
Mit dem gegen diesen Beschluss zufilegenden Antrag auf Über-  
prüfung durch das Überwachungs- und Rückerstattungsgericht haben Sie  
Zeit bis zum 7. Oktober d. Js. Da ich aber vom 15. 8. bis  
30. 9. verreise, bitte ich um Ihre Entschliessung vor dem  
15. 8. d. Js. Es dürfte sich bei der Geringwertigkeit der Effekten  
nicht lohnen, das Verfahren fortzusetzen.

Mit bestem Gruss

Ihr



Rechtsanwalt.

Abschrift/A.

-3 W 3519/53 -  
(150 WGK) 5 WGA 3172/50 (131/53) 52

B e s c h l u s s

In der Rückerstattungssache

- 1) des Ronald Michael K i n g (früher Werner Oppenheim)  
17 Dunolle Road, Sale Moor, Cheshire England,
- 2) der Frau Eva Emmy G i l l a t t , geb. Oppenheim,  
77 Barlow Road, Levenshume, Manchester 19, England,  
Antragsteller,
- Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Ludwig Ruge,  
Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstr. 1-2,

g e g e n

das Deutsche Reich,  
Verfahrensstandschafter Berlin, vertreten durch den Senator für  
Finanzen, Sondervermögensverwaltung, Berlin W 15, Kurfürstendamm  
193/94,

Antragsgegner,

hat der 3. Zivilsenat des Kammergerichts in Berlin-Charlottenburg  
in der

Sitzung vom 22. Mai 1954

beschlossen:

- 1) Die sofortige Beschwerde der Antragsteller  
gegen den Beschluss der 150. Zivilkammer  
(Wiedergutmachungskammer) des Landgerichts  
Berlin vom 5. Juni 1953 wird zurückgewiesen.
- 2) Gerichtskosten für das Beschwerdeverfahren  
sind nicht zu erheben, aussergerichtliche  
Kosten nicht zu erstatten.
- 3) Der Wert des Beschwerdegegenstandes wird  
auf 1.-DM der Bank Deutscher Länder festge-  
setzt.

Gründe

Die Mutter der Antragsteller, die russisch verfolgte Frau Edith  
Oppenheim, geb. Salomonsohn, die ihren letzten Wohnsitz in Berlin  
W 30, Landshuter Str. 8 hatte, ist am 12.7.1944 mit dem 55. Osttrans-  
port deportiert worden (Bl.17). Durch Beschluss des Amtsgerichts Schö-  
neberg vom 27.4.50 - 24 II 194/50 - ist sie für tot erklärt worden  
(Bl.13). Ausweislich des gemeinschaftlichen Erbscheins des Amtsgerichts  
Schöneberg vom 29.9.50 - 7 VI 2361/50 - ist sie von ihren Kindern,  
den Antragstellern je zur Hälfte des Nachlasses beerbt worden (Bl.14)

In

In den Akten des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg - O 5205 -61/36 749) ist das Vermögen der Erblasserin durch Bekanntmachung der Staatspolizeileitstelle Berlin vom 30.11.43 - veröffentlicht in Nr. 287 des Deut. Reichsanzeigers vom 8.12.43 - zugunsten des Deut-Reiches eingezogen worden, und zwar auf Grund des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26.5.33 und des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.33 (OPF-Akten Bl.3). Zu dem Vermögen der Erblasserin gehörte ein Wertpapierdepot Nr. 13474 bei der Deutschen Bank Berlin W 8, Mauerstrasse 26/27 (sowj.Sektor), das bei deren Depositenkasse R Berlin-Charlottenburg, Joachimsthaler Str. 4 (brit.Sektor) mit folgenden Stücken geführt wurde (OPF-Akten Bl. 34):

St. -25 - 4 % 9. Warschau-Wiener Eisenb.Obl.  
M 10.000 4 % 10. dergleichen  
St 25 4 1/2 % 81/82 Iwagorod-Dombrowa Eisenb.Obl.Ser.I  
Kr.100.000 4 % 1897 Em. 2 Wiener Verkehrs anl.  
X 40 Kassenquittung über unverzinsl. Scips der 5 %  
1908, 1910 Chines.Tientsin -Pukow Eb.Anl.  
Rbl.100.- 5 % 1866 Russ.Irhmien Anl.  
Zinsscheindepot Separatdepot:  
X 10.68 Mexicaner C Srips.

Mit Schreiben vom 23.10 1944 bestätigte die Deutsche Bank dem Oberfinanzpräsidenten folgendes (OPF-Akten Bl.44):

"O 5205-Sm 61/36749  
Edith Sara Oppenheim geb. Salomonsohn  
zuletzt Berlin W 30, Landshuter Str.8  
Wir teilen Ihnen mit, dass unsere Depositenkasse R  
auf Grund Ihres Erbrechts die im Depot ruhenden  
Wertpapiere der Obengenannten an die Reichsbank-  
Wertpapier-Abt., zu obigem Akte/inzeichen ausre-  
liefert hat.  
Unsere Geschäftsverbindung ist nunmehr erloschen."

Die Antragsteller verlangen die Rückerstattung der genannten Wertpapiere, ohne einen formulierten Antrag gestellt zu haben. Der Antragsgegner hat beantragt, den Rückerstattungsanspruch abzuweisen.

Er wendet ein (Bl.6): Die Wertpapiere seien wertlos, sog. Non - va-  
leurs gewesen. Der RE-Anspruch falle auch nicht in den örtlichen  
Geltungsbereich der REAO.

Über den Verbleib der Wertpapiere hat das Wiedergutmachungsamt die  
Auskünfte der Berliner Zentralbank vom 14.3.53 (Bl.11 und der Deut-  
schen Bank vom 13.4.53 (Bl.18) eingeholt, auf deren Inhalt Bezug ge-  
nommen wird.

Durch Beschluss vom 5. Juni 1953 hat das Landgericht den Rückerstat-  
tungsanspruch mit der Begründung abgewiesen, dass der örtliche An-  
wendungsbereich der REAO nicht gegeben sei, da die Entziehung in  
Ostberlin stattgefunden habe, auch kein Anhaltspunkt dafür vorliege,  
dass die Papiere nach Westberlin gelangt seien.

Gegen den ihrem Verfahrensbevollmächtigten am 10. Juli 1953 zugestel-  
ten Beschluss des Landgerichts haben die Antragsteller am 14.8.53  
sofortige Beschwerde eingelegt, zu deren Begründung sie vortragen:

Da

Da die Depositenkasse R der Deutschen Bank in Westberlin liegen habe, habe die Entziehung der Wertpapiere im Bereich der REAO stattgefunden. Aus diesem Falle jede Entziehung in Gross-Berlin in den Bereich der REAO, da Berlin zur Zeit der Entziehung ein ungeteiltes Ganzes gewesen sei.

Die Antragsteller beantragen,

- a) unter Aufhebung des landgerichtlichen Beschlusses dem Anspruch auf Rückerstattung der Wertpapiere zu entsprechen,
- b) hilfsweise die Sache bis zum Vorliegen einer Entscheidung des Obersten Rückerstattungsgerichts für Berlin über den örtlichen Geltungsbereich der REAO auszusetzen.

Der Antragsgegner begehrt die  
Zurückweisung der Beschwerde.

Ergänzend wird auf den Akteninhalt Bezug genommen. Die genannten Akten des Oberfinanzpräsidenten haben in beiden Rechtszügen vorgelegen. Das Beschwerdegericht hat über den Verwahrungsort der Wertpapiere im Zeitpunkt der Entziehung sowie über ihre Realisierbarkeit die Auskunft der Deutschen Bank vom 14. Mai 1954 eingelesen (Bl. 36), die folgendes besagt:

In der Rückerstattungssache  
King/Gillat ./.. Deutsches Reich

- 3 W 3519/53 -

erwidern wir auf die Anfrage vom 8. d. M., dass die Wertpapiere der Frau Edith Oppenheim, die buchmässig bei der Depositenkasse R geführt wurden, effektiv in den Tresoren unseres Hauptbankgebäudes in Berlin W 8, Mauerstr. ruhten.

Samtliche früher im Depot befindlichen Wertpapiere sind heute nicht realisierbar.

Die Beschwerde ist nach Art. 62 Abs. 2 REAO zulässig, sachlich aber nicht begründet.

Das Landgericht hat die örtlichen Voraussetzungen für die Anwendbarkeit der REAO auf den geltend gemachten Rückerstattungsanspruch zutreffend verneint.

Nach der ständigen Rechtsprechung aller Rückerstattungsgerichte des Kammergerichts ist der örtliche Geltungsbereich der REAO auf die drei Westsektoren Berlins beschränkt, da der Anwendungsbereich von Gesetzen mit dem Herrschaftsbereich des Gesetzgebers endet. Zur Begründung im einzelnen wird auf folgende Entscheidungen verwiesen: KG in RW 1952, 94 mit abtönender Anmerkung von Mannheimer und zustimmender Anmerkung von Nuß in RzW 1952, 157, WKG Berlin in RzW 1952, 61, BOB in RzW 1951, 294, OLG München in RzW 1950, 172, KG in 1 W 741/50 in 14/3 W 2470/52 und in 15/3 W 2334/52.

Als Anknüpfungspunkt für den örtlichen Geltungsbereich der REAO ist bei der Entziehung von Wertpapieren wie bei anderen beweglichen Sachen derjenige Ort massgebend, an welchem die Wertpapiere zur Zeit der Entziehung belegen waren. Wertpapiere sind Urkunden, die nach ihrem Inhalt private Rechte dergestalt verbriefen, dass regelmässig zur Ausübung des Rechts die Innehabung der Urkunde notwendig ist. Die Geltungsmachung des in dem Wertpapier verbrieften Rechts ist also regelmässig an den Besitz des Papiers gebunden. Wertpapiere sind daher vom Gesetz weitgehend sachenrechtlichen Vorschriften unterworfen (vgl. §§ 935, 1293 BGB, 821 ZPO). Die Urkunde ist somit zunächst das Entscheidende. Der Schwerpunkt der sachenrechtlichen Ansprüche auf Herausgabe des Wertpapiers, auf Schadensersatz für Verlust und Herauszahlung des Veräusserungserlöses liegt daher am La-  
geort



geort (Verwahrungsort) des Wertpapiers zur Zeit der Entziehung (vergl. Martin Wolff, Das Internationale Privatrecht Deutschlands 2. Aufl. 1950 S. 432; Godin Art. 59 REG am. Zone Ann. 3, Harmening Art. 51 Ann. 6 WVK Berlin Wm 51,463).

Um Anschluss hieran hat der Senat den Standpunkt eingenommen, dass für Rückerstattungsansprüche auf Herausgabe von Wertpapieren oder auf Wertersatz verloren gegangener Wertpapiere ihr Aufbewahrungsort zur Zeit der Entziehung oder ihr letzter ~~in~~-A- feststellbarer Lageort massgebend ist (Beschlüsse vom 6.6.1953- 3 W 1915/52 und vom 1.7.1953 - 3 W 1989/50. Ebenso der 15. Zivilsenat im Beschluss vom 10.3.1953 -15/3 W 1194/51. Ebenso für Bankguthaben, die bei einer Bank in Ostberlin belegen waren. KG in RzW 53, 155 mit ablehnender Anmerkung von Blumenthal RzW 53, 270.

Nach der Auskunft der Deutschen Bank vom 14. Mai 1954 waren die der Erblasserin entzogenen Wertpapiere nicht in den Geschäftsräumen der Depositenkasse R der Deutschen Bank in Westberlin verwahrt, sondern in den Tresoren des Hauptgebäudes der Deutschen Bank im heutigen sowj. Sektor Berlins. Von dort sind sie an die Deutsche Reichsbank, Wertpapierabteilung in Berlin C III, Kurstrasse (sowj. Sektor) ausgeliefert worden. Die Entziehung der Wertpapiere hat somit ausserhalb des Anwendungsbereiches der REAO stattgefunden. Es besteht auch kein Anhaltspunkt dafür, dass der REAO (Westberlin) gelangt seien. Ein Anspruch der Antragsteller nach der REAO auf effektive Rückerstattung der Wertpapiere, auf Ersatz wegen Verlustes der Wertpapiere oder auf Herauszahlung eines etwaigen Veräusserungserlöses ist somit nicht gegeben und von dem Landgericht zutreffend verneint worden.

Für die genannten Ansprüche ist es unerheblich, dass die Erblasserin ihren letzten inländischen Wohnsitz in Westberlin hatte, da nach den obigen Ausführungen für die örtliche Anwendbarkeit der RVO der Wohnsitz des Eigentümers eines entzogenen Vermögensgegenstandes nicht massgebend ist. Ebenso sind Gesichtspunkte des Deliktsrechts ausser Betracht zu lassen (lex loci delicti commissi), da das Rückerstattungsrecht kein Deliktsrecht ist, sondern sachenrechtliche Züge trägt. Selbst wenn man aber die Mexinungen von BOR 51/131 RzW 1952 S.110 u. Cora RzW 1952 S.98, denen das Kammergericht bisher nicht gefolgt ist (vgl. 3 W 189/52 vom 16.4.1952 und 3 W 146/51 vom 18.10.1951) in Betracht zieht, dass unter gewissen Umständen die RE-Gesetze angewendet werden sollen, wenn der Pflichtige seiner Person nach der Zuständigkeit des RE-Gesetzes unterliegt oder wenn der Entzieher im Geltungsbereich des RE-Gesetzes festgestellt werden kann, so besteht trotzdem keine Grundlage, in Westberlin allgemein RE-Ansprüche gegen das Deutsche Reich zuzulassen. Denn es fehlt dem Deutschen Reich an einem zu seiner Vertretung berechtigten Zentralorgan und an einem Zentralen Verwaltungssitz, bei dem allgemein Ersatzansprüche geltend gemacht werden könnten. Die Zustellungsbevollmächtigung des Landes Berlin gemäss Art. 55 REAO begründet keinen solchen Sitz des Deutschen Reiches in Westberlin (vgl. 3 W 1865/52 vom 4.10.1952, auch 3 W 1154/52 vom 30.4.1954). Die Gerichtsbarkeit nach der REAO für den geltend gemachten Anspruch auf Ersatz der Wertpapiere kann somit nicht ausgeübt werden.

Ein Anspruch auf Schadensersatz würde auch deshalb entfallen, weil die Wertpapiere bereits zur Zeit der Entziehung nicht realisierbar und völlig wertlos waren, da es sich durchweg um alte Stücke aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg handelte, wie aus der Bezeichnung der Wertpapiere zu entnehmen ist.

Für die Wertpapiere kommt die Rückerstattung von Ansprüchen aus der Wertpapierbereinigung ebenfalls nicht in Betracht, da es sich nur um ausländische

ausländische Wertpapiere handelt. Unter die Gesetze über die Wertpapierbereinigung fallen aber nur solche Wertpapiere, deren Aussteller ihren Sitz im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder in West-Berlin haben. Die Beschwerde ist daher in vollem Umfange zurückzuweisen. Eine Aussetzung des Verfahrens kommt schon deshalb nicht mehr in Betracht, weil seit Stellung des Aussetzungsantrages im August 1953 mehr als sechs Monate vergangen sind (Art.61 Abs.2 b REAO)

Die Entscheidung über die Kosten des Beschwerdeverfahrens ergibt sich aus den Nr. 1, 2 und 8 der Kostenbestimmung vom 2.1.1951 nebst Änderung vom 15.5.1953.

gez. Pinzger

Dr. Babrowski

Wilm

Ausgefertigt:

Berlin-Charlottenburg, den 7.Juli 1954

L.S.

gez. Unterschrift Kanzleiassistentin  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle.

**Dr. Ludwig Ruge**  
Rechtsanwalt u. Notar  
Berlin-Wilmersdorf, Am Volkspark 63/64  
- Telefon 85 48 17 -  
Postcheckkonto Berlin West 111 85

Berlin, den 7. August 1954.  
Dr. R/H.

Antrag auf Überprüfung

in der Rückerstattungssache

1. des Ronald Michael K i n g ,  
17 Dunollie Road, Sale Moor,  
früher: Werner Oppenheim, Cheshire, England,
2. der Eva Emmy G i l l a t t geb. Oppenheim,  
77 Barlow Road, Levenshulme, Manchester 19, England,

Antragsteller,

-Verfahrenstevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Ludwig Ruge,  
Berlin-Wilmersdorf, Am Volkspark 63/64-

g e g e n

das D e u t s c h e R e i c h ,  
Verfahrensstandschafter: B e r l i n ,  
vertreten durch den Senator für Finanzen,  
Sondervermögensverwaltung,  
Berlin \* 15, Kurfürstendamm 193-194,

Antragseegner,

Aktenzeichen des Kammergerichtes: 3 W 3520.53

Aktenzeichen der Wiedergutmachungskammer Berlin:  
(150 WGA) 5 WGA 3173/50 (132/53).

Beschluss des Kammergerichtes vom 26. Juni 1954,  
Zustellung dieses Beschlusses am 20. Juli 1954.

Verfahrensvollmacht des Unterzeichneten ist zu den  
Gerichtsakten eingereicht.

Ich beantrage namens der Antragsteller  
den Beschluss des Kammergerichtes vom  
26. Juni 1954 aufzuheben und dahin zu  
erkennen, dass der Antragseegner ver-  
pflichtet ist, die Guthaben von  
RM 5.147,40 und RM 721,16 den Antrag-  
stellern mit demjenigen Betrage zu  
erstaten, der nach der zukünftigen  
Regelung der Verpflichtungen des  
früheren Deutschen Reiches den Guthaben  
entspricht.

An das

Oberste Rückerstattungs-  
gericht für Berlin,

B e r l i n \* 35:

Rauchstrasse 17/18.-

Begründung

Begründung.

Es wird gerügt, dass der angefochtene Beschluss die Bestimmungen der Artikel 1, Artikel 2 Absatz 1 b und Artikel 26 verletze.

Soweit der angefochtene Beschluss die Zurückweisung der von den Antragstellern gestellten Anträge damit begründet, dass die Entziehung einen Vorgang darstelle, der nicht innerhalb des Geltungsbereiches der Rückerstattungsanordnung vom 26.7.1949 falle, wird auf die zahlreichen anderen Fälle Bezug genommen, die dem Obersten Rückerstattungsgericht vorliegen und in denen in gleicher Weise die Unrichtigkeit dieser Auffassung des Kammergerichtes dargetan wird. Die Entziehung gegenüber der Erblasserin der Antragsteller ist dadurch erfolgt, dass ihr Vermögen als das einer Jüdin als Ganzes beschlagnahmt und enteignet wurde und dass damit das Eigentum an dem Vermögen auf das Reich überging. Die Entziehung stellt daher einen einheitlichen Vorgang dar, der mit der Beseitigung des Eigentums durch die Beschlagnahme am Wohnorte der Erblasserin begann und mit der Überführung der Bankguthaben auf den Oberfinanzpräsidenten beendet wurde. Da die Erblasserin ihren Wohnsitz zu dieser Zeit in dem Teil von Berlin gehabt hat, der nach 1945 zum britischen Sektor der Stadt gehört, hat die Entziehung mithin innerhalb dieses Sektors ihren Anfang genommen. Es muss dabei unerheblich sein, wo die Entziehungssassnahmen fortgesetzt worden sind. Berlin war von jeher eine einheitliche ungeteilte Stadt, die Grossbanken haben ihren Sitz in jedem Teil dieser Stadt gehabt und überall Repräsentationen besessen, die einheitliche Geschäftskassen der Banken waren, so dass nicht etwa gesagt werden kann, der Sitz der Banken sei nur an der Stelle gewesen, wo ihre Zentrale lag. Es kommt daher nicht darauf an, ob diese Zentrale zufällig in dem Teil der ungeteilten Stadt lag, der später von der russischen Besatzungsmacht verwaltet wurde. Alle für das ungeteilte Berlin zuständigen Behörden und Gerichte waren für die ungeteilte Stadt zuständig und hatten ihre Dienststrassen über die ganze Stadt verstreut, wobei gerade diejenigen Behörden, die mit der Beschlagnahme und Entziehung jüdischer Vermögen befasst waren, ihren Sitz in denjenigen Teilen von Berlin hatten, die jetzt zu den Westsektoren gehören.

Die Rückerstattungsanordnung vom 26.7.1949 ist seitens der Alliierten Kommandanten Berlin erlassen worden, deren Zuständigkeit grundsätzlich ganz Berlin einschliesslich des russischen Sektors umfasst und die die willkürliche Teilung der Stadt in vier selbständige Städte niemals anerkannt hat. An keiner Stelle der Anordnung kommt zum Ausdruck, dass sie sich nur auf die Westsektoren beziehe. Offenbar liegt beim Kammergericht eine Verwechslung mit den Verhältnissen ausserhalb Berlins insoweit vor, als Deutschland ausserhalb der Vier-Mächte-Stadt in vier Zonen eingeteilt wurde, die nicht wie Berlin einheitlich von allen vier Besatzungsmächten verwaltet wurden, sondern je einer Besatzungsmacht unterstanden.

Der angefochtene Beschluss ist daher mit dem Gesetze nicht vereinbar.

Prof. Ruge

Rechtsanwalt.

Dr. Ludwig Ruge  
Rechtsanwalt u. Notar Dr. R/H.  
Berlin-Wilmersdorf, Am Volkspark 63/64  
- Telefon 88 48 17 -  
Postcheckkonto Berlin West 111 85

7. August 1954.

Herrn

R. M. K i n g ,

Flat 1,  
Hollybush, Hadley Green,  
Barnet, Herts./England.-  
-----

Sehr geehrter Herr King!

Ihr Schreiben vom 31. Juli d. Js. verstehe ich dahin, dass Sie gegen den abweisenden Bescheid des Kammergerichtes, soweit er sich auf die Rückerstattung von Wertpapieren bezieht (Aktenzeichen: 5 WGA 3172/50), also gegen den am 8. Juli d. Js. zugestellten Beschluss keinen Antrag auf Überprüfung gestellt sehen möchten, weil die Wertpapiere nahezu wertlos sind, so dass die Rückerstattung keinen materiellen Sinn hat.

Ich habe daher den Antrag auf Überprüfung bloss bezugnehmend auf den am 20. Juli d. Js. zugestellten Beschluss eingereicht, der sich auf die Bankguthaben von RM 5.147,40 und RM 721,16 bezieht. Diese Guthaben würden, wenn die Schulden des früheren Deutschen Reiches, wie angenommen wird, mit 10 % in neuer Währung anerkannt werden, einen Jetztwert von rund 600,-- DM haben. Durchschlag meines Überprüfungsantrages füge ich zur Kenntnisnahme hier bei.

Mit bestem Gruss

Ihr

gez. Ruge

Rechtsanwalt.

DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FERNRUF 33 48 22

POSTSHECKKONTO: BERLIN-WEST 111 85  
BANK: BERLINER HANDELS-BANK A.G.  
BERLIN W 15, UHLANDSTRASSE 168/166  
BUROZEIT:  
9-16 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

Dr.R/H.

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, DEN 25. Februar 1955.  
CARMERSTRASSE 131  
(NAHE STEINPLATZ, 200 UND SAVIGNYPLATZ)

Herrn

R.M. King,  
Flat 1,  
Hollybush, Hadley Green,  
Barnet, Herts/England;

Frau

Eva Gillatt,  
77, Barlow Road, Levenshulme,  
Manchester 19, England.

Sehr verehrte Frau Gillatt!

Ich habe für Sie anhand der Akten des früheren Oberfinanzpräsidenten noch die Entziehung des Guthabens von RM 11.953,88 zur Rückerstattung angemeldet, die sich daraus ergibt, dass Ihre Mutter bei dem Beamtenversicherungsverein Anspruch auf eine Witwenrente von jährlich RM 110,78 hatte, die bis zum 30.9.1942 an sie gezahlt worden ist. Der O.F.Präs. hat dann die Auszahlung des Abfindungsbetrages verlangt, den der Verein unter Zugrundelegung von 75 % des Deckungskapitals zuzüglich Zinsen auf RM 11.953,88 errechnete.

Aus den Akten des O.F.Präs. ergibt sich weiter, dass aus dem Vermögen Ihrer Mutter folgende Gegenstände beschlagnahmt und eingezogen worden sind:

25 Stück 4 % Warschau-Wiener Eisenb.Obl.  
M. 10.000.- dergleichen  
25 Stück 4 1/2 % Iwagorod-Dombrowa Eisenb.Obl.  
b 40.- Scrips der 5 % Chines. Tiensin Pukow Obl.  
Rubel 100.- 5 % 1866er Russ.Prämien Anl.

Diese Effekten wurden am 23.9.44 an die Reichsbank ausgeliefert.

Am 16.10.44 wurden verkauft aus dem Besitz der Frau O.

|                                |    |      |
|--------------------------------|----|------|
| 1 französ. Füllfederhalter für | RM | 7.-- |
| 1 Vierfarbenstift              | "  | 8.-- |
| 1 Paar Ohrstecker              | "  | 1.-- |


Am 9.3.45 übernahm die Pfandleihanstalt in Berlin N 4, Elsässerstrasse 74

|   |         |
|---|---------|
| 1 Bandring aus Silber 800 mit hellem Amethyst für   | 10.--   |
| 1 losen Amethyst oval mit Gravierung  | " 15.-- |
| Zahngold 1,3 gr.  | " 3,12  |
| 1 Damen-Sport-Knopfloch-Uhr, Fabrikat Huber, Weissmetall, Ankerwerk 15 Steine, mit unechter Schlangenkette, Nr. 102 896 | " 20.-- |

Bei dem geringen Werte, den diese Gegenstände offenbar gehabt haben, möchte ich von einer Anmeldung zur Rückerstattung absehen, es sei denn, dass Sie das ausdrücklich wünschen.

Mit bestem Gruss

Ihr

  
Rechtsanwalt.

**Dr. LUDWIG RUGE**  
RECHTSANWALT U. NOTAR  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, CARMERSTR. 131  
TELEFON 32 74 22  
POSTSCHECKENKONTO: H. B. W. 111 85

Dr.R/H.

17. Februar 1955.

Herrn

R.M. King,

Flat 1,  
Hollybush, Hadley Green,  
Barnet, Herts / England.-  
-----

Sehr geehrter Herr King!

Am 15.11.1954 ist eine Anordnung der Alliierten veröffentlicht worden, die bestimmt, dass Vermögensentziehungen, die durch das Deutsche Reich erfolgt sind, auch dann dem Rückerstattungsverfahren unterliegen, wenn es sich um eine Entziehung im Ostsektor von Berlin handelt. Damit ist die Streitfrage, die Gegenstand der Überprüfung durch das Oberste Rückerstattungsgericht ist, zu Ihren Gunsten geregelt. Nach der Anordnung muss bis zum 15.11.55. zu den Akten, bei denen früher schon eine Rückerstattung beantragt wurde, nunmehr der Antrag gestellt werden, das Verfahren wiederaufzunehmen und durchzuführen. Diesen Antrag werde ich für Sie und Ihre Schwester wegen

des Guthabens von RM 5147,40 bei der Deutschen Bank  
und ebenso

für das Depot bei der Deutschen Bank  
stellen.

Die Anordnung findet aber auch Anwendung auf die Ablieferung von Wertsachen bei einer Pfandleihanstalt im Ostsektor, so dass also auch deswegen das Verfahren fortgesetzt werden kann. Dieses letztere Verfahren schwebt bei dem WGA zum Aktenzeichen 5 WGA 3174/50. Das Amt verlangt von mir eine genaue Einzelbeschreibung der Gegenstände möglichst unter Angabe von Anschaffungszeit und Anschaffungspreis, damit der gerichtliche Sachverständige in der Lage ist, zu sagen, welchen Wert die Gegenstände gehabt haben mögen. Für die Werthbemessung ist u.U. auch der Ankaufswert, den die Pfandleihanstalt, bei der die Sachen abgeliefert wurden, festgestellt und gezahlt hat, von Bedeutung.

Sie und Ihre Schwester haben nun vor dem zur Abnahme von Eiden berechtigten Herrn Eric C. Dychloff eine eidesstattliche Versicherung abgegeben und in ihr die Gegenstände im einzelnen bezeichnet und mit rund 10.000.- RM als Wert zur Zeit der Ablieferung eingeschätzt. Dabei haben Sie erklärt, dass die Ablieferungsbehörde eine Entschädigung von rund 600.- RM gezahlt habe. Bitte wollen Sie mit Ihrer Schwester gemeinschaftlich überlegen, ob Sie noch irgendwelche näheren Angaben etwa über die Zeit oder den Preis der Anschaffung dieser Sachen machen können oder ob sich noch irgendwelche Unterlagen finden, aus denen sich ergibt, was Ihre Mutter vielleicht für die Sachen erhalten hat. Wenn das nicht möglich ist, dann muss ich sehen, mit der Erklärung vom 5. Juni 1953 weiterzukommen.

Mit bestem Gruss

Ihr

**gez Ruge**

Rechtsanwalt.

DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FERNHUF 32 48 22

POSTSHECKKONTO: BERLIN-WEST 111 85  
BANKK.: BERLINER HANDELS-BANK A.G.,  
BERLIN W 16, UHLANDSTRASSE 105/106  
BÜROZEIT:  
9-16 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

Dr. R/H. BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, DEN 5. März 1955.  
CARMERSTRASSE 131  
(NAHE STEINPLATZ, ZOO UND SAVIGNYPLATZ)

Herrn

R. M. King,  
Flat 1,  
Hollybush, Hadley Green,  
Barnet, Herts / England.-

Frau

Eva Gillatt,  
77, Barlow Road, Levenshulme,  
Mancchester 19, England.-

Sehr geehrte Frau Gillatt!

/ In der Anlage überreiche ich Ihnen Durchschlag desjenigen  
Teiles meines Briefes an Herrn Dr. Kurt Schachnow, der sich  
auf den Nachlass Ihrer Grossmutter Frau Anna Schachnow bezieht,  
mit der Bitte um Kenntnisnahme und Äusserung.

Mit bestem Gruss

Ihr



Rechtsanwalt.



Dr. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT U. NOTAR  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, CARMERSTR. 131  
TELEFON: 32 48 22  
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 111 85

Berlin, den 5. März 1955.  
Dr. R/H.

Herrn  
Dr. Kurt Schachnow,  
77, Fitzroy Street,  
Melbourne - St. Kilda,  
-----  
Victoria / Australien.-

Luftpost!

Sehr geehrter Herr Dr. Schachnow!

Am 15.11.1954 haben die Alliierten eine Anordnung erlassen, die bestimmt, dass nunmehr dem Rückerstattungsverfahren (und nicht dem Entschädigungsverfahren) auch alle Vermögensentziehungen unterliegen, die seitens des Deutschen Reiches innerhalb des russischen Sektors von Berlin erfolgt sind. Damit gehen alle solche Entziehungen jetzt an die Rückerstattungsbehörden (Wiedergutmachungsamt usw.) und werden nicht mehr vom Entschädigungsamt behandelt. Soweit bereits einmal ein Antrag an das Wiedergutmachungsamt gestellt worden war, genügt ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens und, soweit bisher ein Antrag überhaupt noch nicht oder nur beim Entschädigungsamt gestellt war, ist auf einem amtlichen Vordruck ein neuer Antrag bei dem Zentralmeldeamt zu stellen. Für beide Arten von Anträgen läuft die Frist bis zum 15.11.1955.

Um mit Ihnen abzustimmen, was in Ihren Sachen zu geschehen hat, stelle ich die verschiedenen Ansprüche im Folgenden zusammen und bitte Sie um Nachprüfung, ob Sie noch etwas dabei vermissen.

I. Betrifft Nachlass Anna Schachnow (früher Salomonsohn) geb. Haymann, zuletzt Berlin-Charlottenburg, Ansbacherstrasse 8a, durch Beschluss des Amtsgerichts Charlottenburg in 14.II.398.48 für den 31.12.1944 für tot erklärt. Nach Erbschein des Amtsgerichts Charlottenburg 52.IV.292.27 Alleinerbin ihres Ehemannes Siegfried Schachnow. Beider Tochter Margot unverehelicht gestorben und durch Beschluss des AG Charlottenburg in 14.II.397.48 für den 31.12.1944 für tot erklärt, daher nicht Erbin der Mutter geworden.

Erben nach Frau Anna Schachnow gemäss Erbschein des Amtsgerichts Charlottenburg in 29.VI.668.50

Dr. Ing. Kurt Schachnow zu 1/2

Eva Emma Gillatt geb. Oppenheim zu 1/4

Ronald Michael King (früher Werner Oppenheim) zu 1/4.

Rückerstattungsansprüche:

- a. Entziehung von Guthaben und Wertpapierdepots bei der Dresdner Bank.

Anhängig gewesen in Akten 5 WGA 563 a und 563 b/50,  
5 WGA 463 und 464/50, 5 WGA 3411 (463a)/50 und  
4 WGA 338/50.

Diese Verfahren sind sämtlich erledigt durch die gemäss unseren Anträgen ergangenen Beschlüsse vom 12. September 1950, 1. Februar 1951 und 1. Februar 1951, wobei nur die Rückerstattung des Barguthabens von RM 1.448.- übersehen worden ist, dessen Weiterverfolgung bei dem geringen Betrag, der sich nach Umstellung in neue Währung ergibt, nicht lohnt.

- b. Umstellung des Uraltguthabens bei der Dresdner Bank ist erfolgt: aus RM 12.295,75 ergaben sich DM 608,65.
- c. Zwangsablieferung von Wertsachen. Das Verfahren in den Akten 5 WGA 464.50 ist zurückgenommen worden, weil es an allen Unterlagen dafür fehlt, dass eine Ablieferung erfolgt ist und was abgeliefert worden ist. Aus demselben Grund hat eine Wiederaufnahme keinen Sinn.
- d. Beschlagnahme und Versteigerung der Wohnungseinrichtung. Diese Entziehung ist noch nicht geltend gemacht worden und daher jetzt neu anzumelden. Nach den Akten des O.F.Präs. O.5205 XXIII./11 951 hat die Versteigerung durch den O.F.Präs. einen Erlös von RM 446.-- erbracht. Die Akten des O.F.Präs. sind nochmals darauf zu prüfen, ob sich in ihnen eine Liste der entzogenen Gegenstände ergibt und diese Liste den Schluss zulässt, dass etwa unverhältnismässig niedrige Preise bei der Versteigerung erzielt wurden.
- e. Entziehung eines Guthabens bei der Reichsschuldenverwaltung in Höhe von RM 931,25. Diese Entziehung ist noch nicht geltend gemacht und wäre daher auf Vordruck neu anzumelden.

.....  
.....

Flat 1,  
Hollybush,  
Haldley Green,  
Barnet,  
Herts.

6th March, 1955.

My dear Eva,

It was nice talking to you last night and we are looking forward to seeing you next week. It has just started snowing again here, so it is to be hoped that by next weekend we have had some thaw. It would not be very funny if we had to skid all the way to Manchester.

I have just written to Dr. Ruge, and I only hope that he can understand it all. I find it a little hard to understand myself all that I have written. I hope that you agree with all I have written and I do not feel that one could have done much else. It is to be hoped that all this will be settled fairly soon and that at least a little will be left over after Ruge has been paid. Possibly he will be able to find out more about Mutti, anyway, we will see.

That is all for now. Best regards to you all and I hope that the little scheme for Master will come off alright.

Lots of love

Donny

P.S. Unfortunately I spoiled the second page of the original letter, which I copied exactly, except for the one sentence as indicated.

R.

Flat 1,  
Hollybush,  
Hadley Green,  
Barnet,  
Herts.,  
England.

6. März 1955.

Herrn Dr. E. Ruge,  
Berlin - Charlottenburg, 2.  
Carmerstrasse 13.

Dr. R./H.

Sehr geehrter Herr Dr. Ruge,

Ich danke Ihnen für Ihre Briefe vom 17. und 25. Februar und bin froh, dass durch das neue Gesetz das Verfahren wiederaufgenommen werden kann. Ich hoffe auch, dass dadurch diese Angelegenheit in vielleicht einigen Monaten erledigt werden wird.

Meine Schwester und ich werden Ihren Vorschlag befolgen und wir werden die Frage der weiteren Unterlagen usw. der abgegebenen Wertgegenstände in einer Woche besprechen, wenn ich einige Tage in Manchester bin. Ich werde dann auch sofort an Sie schreiben. Leider bin ich ziemlich sicher, dass es uns unmöglich sein wird weitere Unterlagen zu beschaffen, da wir diese Frage schon zur Zeit der Antragstellung gut besprochen haben. Wahrscheinlich alle, oder jedenfalls die meisten der Wertachen waren Familienstücke, Erbgegenstände usw. und deshalb dürfte es unmöglich sein irgendwelche Unterlagen des Anschaffungspreises zu geben. Die Abgabe erfolgte wie meine Schwester und ich noch Kinder waren, ca 15 Jahre beider Antragstellung, und Sie werden sicher gut verstehen, dass es deshalb kaum möglich ist weitere Unterlagen zu beschaffen. Trotz der vielen Jahre, bin ich sicher, dass wahrscheinlich noch mehr Gegenstände abgegeben worden sind an die wir uns aber nicht erinnern können und deshalb auch nicht angeben konnten. Es ist anzunehmen, dass meine Mutter wohl eine Quittung erhalten hat, mit dem Betrag der Entschädigung. Diese Quittung haben wir aber bestimmt nicht, trotzdem wir uns aber auf die Entschädigungssumme von ca 800 RM dunkel erinnern können.

Wir überlassen Ihnen die Entscheidung über die Anmeldung der beschlagnahmten Polnischen, Russischen und Chinesischen Wertpapiere. Heute wären diese Papiere wohl nichts wert, und wenn Sie meinen, dass auch in

1944 der Wert nur gering war, hat es wohl kaum Zweck einen Antrag zu stellen. Trotzdem wir überzeugt sind, dass angegebene Wert der drei verkauften Gegenstände und der von der Pfandleihanstalt übernommenen Gegenstände viel zu gering ist, hat es wohl wenig Zweck diese Sachen anzumelden. Als Beispiel der frangösischen Füllfederhalter war ein silberner "Montblanc", und bestimmt mehr als RM.7.- wert. Anstatt einer Rückerstattung des Wertes, hätten wir viel lieber eine Rückerstattung dieser Gegenstände, da wir sie vom sentimentalsten Standpunkt als sehr wertvoll finden, trotzdem der Geldwert nicht allzu hoch sein dürfte. Leider wird es wohl unmöglich sein diese Gegenstände wieder zu finden?

Wäre es Ihnen möglich festzustellen, ob unsere Mutter diese Gegenstände bei sich hatte, als sie verschleppt wurde, und da diese Artikel in öffentlichen Akten angegeben sind, denken wir, dass vielleicht weiteres über den Tod unserer Mutter zu erfahren ist. Besonders wegen der Angabe des Zahlungsbetrags sind wir der Meinung, dass Sie vielleicht die Möglichkeit haben, weitere Auskünfte zu verlangen, und wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie versuchen würden, genaueres zu erfahren.

Wir haben hier gesagt bekommen, dass <sup>der Tod</sup> ein Antrag für Entschädigung gestellt werden kann, da unsere Mutter von der Nazi Regierung <sup>durch die</sup> emmigdet <sup>erfolgte</sup> wurde, und ich würde Sie bitten, diesen Antrag zu stellen. Hier ist weiter bekannt, dass meine Schwester und ich Anträge stellen können für Entschädigung durch die frühzeitige Abbrechung unsere Schulung, die das Studieren bei einer deutschen oder ausländischen Universität unmöglich gemacht hat. Diese beiden Anträge sollen ziemlich schnell behandelt werden, und da Sie die Unterlagen des Todes meiner Mutter haben würde ich Sie bitten den Antrag einzureichen, falls das noch nicht gemacht wurde.

Bitte würden Sie uns mitteilen, welche Auskunft oder Belege Sie für die Unterbrechung unserer Schulung haben wollen, und da die Entschädigung für solche Fälle angeblich recht hoch ist, möchten wir nicht verschmähen unsere Anträge zu stellen.

Mit besten Grüßen und Dank,

Re: King.

**Dr. LUDWIG RUGE**  
RECHTSANWALT U. NOTAR  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, CARMERSTR. 131  
TELEFON: 32 48 22  
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 111 85

24. März 1955.-

Dr. R/B.-

An die  
Wiedergutmachungsämter von Berlin,  
Berlin - Schöneberg,  
Berlin - Schöneberg,  
Martin Luther-Strasse 61/66.-

Betrifft : Rückerstattungssache King u. Gillatt ./.. Dt. Reich  
- Wertpapierdepot bei der Deutschen Bank -  
Aktenzeichen : 5 WGA 3172/50.-

---

In vorstehender Rückerstattungssache weisen Sie mich in Ihrer Mitteilung vom 22. Februar 1955 darauf hin, dass es sich bei den entzogenen Wertpapieren um wertlose Effekten handeln dürfte. Ich  
/ überreiche hiermit beglaubigte Abschrift des an mich gerichteten Briefes der Deutschen Bank, Depositenkasse R, vom 16. Juni 1951, aus dem sich ergibt, dass ausser den vielleicht als wertlos anzusehenden polnischen und russischen Werten auch 100.000,- Kroner 4 % Wiener Verkehrsanleihe am 7. Oktober 1944 an die Deutsche Reichsbank hatten abgeliefert werden müssen, die vermutlich einen nicht unwesentlichen Wert zur Zeit der Entziehung gehabt haben dürften.

Ich bitte um Mitteilung, ob auch diese Effekten Gegenstand des vorliegenden Verfahrens sind oder ob insoweit eine Neuankmeldung aus der Anordnung vom 15. November 1954 erfolgen müsste.

gez. Ruge

Rechtsanwalt.

A b s c h r i f t .

Deutsche Bank  
Depositenkasse R  
Fernruf 91 35 92

Herrn  
Rechtsanwalt und Notar  
Dr. Ludwig R u g e ,  
Berlin - Willersdorf,  
Ruhrstr. 172.-

Ihre Nachr. Ihr Zeichen Berlin # 15,  
9.cr. R./B. den 16. Juni 1951.

Betr.: Konto und Depot Frau Edith O p p e n h e i m geb. Salomonsohn,  
zuletzt Berlin W 30, Landshuterstrasse 8 wohnhaft.

Ihr an die Deutsche Bank, Berlin # 30, Viktoria-Luise-Platz 9, gerichtetes Schreiben vom 9. ds. Mts. gelangte nach telefonischer Rückfrage bei Ihnen zuständigkeitshalber in unseren Besitz.

In anderen Büchern können wir für

Frau Edith O p p e n h e i m geb. Salomonsohn  
zuletzt Berlin # 30, Landshuterstrasse 8 wohnhaft,

ein Konto und Depot feststellen.

Die im Depot Nr. 13474 ruhenden Werte und zwar

|       |           |   |
|-------|-----------|---|
| St.   | -25-      | 4 % 9. Warschau-Wiener Eisenbahn Obl.                     |
| M     | 10.000,-  | 4 % 10. dergl. Obl.                                       |
| Stck. | -25-      | 4 1/2 % 81/82. Iwangerad - Dombrowa Eisenbahn Obl. Ser. I |
| Kr.   | 100.000,- | 4 % 1897. Em. 2 Wiener Verkehrsanleihe                    |
| z     | -40,-/-   | Kassenquittung über unverzinsl. Scrips der                |
|       |           | 5 % 1908, 1910 Chinesisch-Tientsin-Pukow Eisenbahn        |
|       |           | Anleihe, Serie 2  |
| Rbl.  | 100,-     | 5 % 1866 Russische Prämien Anleihe                        |

sind am 7. Oktober 1944 an die Deutsche Reichsbank, Berlin, abgeliefert worden.

Das auf rubr. Konto vorhandene Guthaben in Höhe von

RM 5.147,40

wurde am 22. August 1944 an den Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg überwiesen.

Somit sind das Konto und Depot der Frau Edith Oppenheim in unseren Büchern erloschen.

Weitere Angaben bedauern wir nicht mehr machen zu können, da infolge der Kriegesgeschehnisse das diesbezügliche Material teils vernichtet, teils durch Verlagerung in unser früheres Hauptbankgebäude nicht mehr greifbar ist. Zu den Räumen des Hauptbankgebäudes haben wir durch die Beschlagnahme von der russischen Besatzungsmacht keinen Zutritt.

Hochachtungsvoll  
Deutsche Bank, Depositenkasse R  
Unterschriften.

**DR. LUDWIG RUGE**  
RECHTSANWALT UND NOTAR

TELEFON 85 48 17

POSTCHECKKONTO: BERLIN-WEST 111 85  
BANK: BERLINER HANDELS-BANK A.G.,  
BERLIN W 15, UHLANDSTRASSE 105/106  
BÜROZEIT:  
9-16 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

Neue Anschrift ab 1.12.1954:

Berlin-Charlottenburg 2

Carmerstraße 13<sup>1</sup>

Telefon: 32 48 22

(nahe Steinplatz, Zoo und Savignyplatz)

, DEN

24. März 1955.-

Dr. R/B.-

Herrn

R.M. King,  
Flat 1,  
Hollybush, Hadley Green,  
Barnet, Herts/England;

Frau

Eva Gillatt,  
77, Barlow Road, Levenshulme,  
Manchester 19/England.-

Sehr geehrte Frau Gillatt !

Ich bestätige Ihnen noch den Eingang Ihrer Briefe vom 6. und 9. ds.Mts.-

- / Wegen der Juwelenauflieferung habe ich laut anliegendem Durchschlag an die Wiedergutmachungsämter geschrieben.

Zu den seinerzeit entzogenen Wertpapieren gehören auch, wie sich aus einem an mich gerichteten Briefe der Deutschen Bank vom 16. Juni 1951, von dem ich Ihnen am 20. Juni 1951 Abschrift übersandte, ergibt, noch 100.000.-- Kronen österreichischer Verkehrs-Anleihe, die abgeliefert werden mussten.

- / Ich habe deswegen laut anliegendem Durchschlag an die Wiedergutmachungsämter geschrieben.

Da ich nicht sicher bin, ob die beiden Guthaben bei der Deutschen Bank, die nach den Akten des früheren Oberfinanzpräsidenten entzogen worden sind, auch seinerzeit angemeldet wurden und Gegenstand des Verfahrens in den Akten 5 WGA 3173/50 geworden sind,

- / habe ich laut anliegendem Durchschlag an die Wiedergutmachungsämter geschrieben.

In Ihren Briefen fragen Sie, ob Sie nicht auch Entschädigungsansprüche deswegen stellen können, weil Ihre Mutter umgebracht wurde, und deswegen, weil Sie durch Ihre Auswanderung die Möglichkeit Ihrer Berufsausbildung verloren haben. Dazu bemerke ich folgendes :

Der § 14 Absatz 3 Nr. 3 des Ergänzungsgesetzes vom 18. September 1953 sagt, dass im Falle des Todes des Verfolgten den Kindern eine Geldrente nur gewährt werden kann, soweit und solange für sie nach Beamtenrecht Kinderzuschläge gewährt werden können. Das wäre in der Regel bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres.

Bezüglich des Schadens, der dadurch entstanden ist, dass jemand seine berufliche oder vorberufliche Ausbildung gezwungenermaßen unterbrochen oder nicht durchgeführt hat, wird eine Entschädigung gewährt, und zwar in erster Linie durch Gewährung einer Beihilfe zur Nachholung der Ausbildung, in zweiter Linie durch Gewährung eines Darlehens zwecks Existenzbegründung und in dritter Linie durch Gewährung einer Entschädigung bis zur Höhe von DM 5.000.-- als Ersatz für den Schaden, der durch das Fehlen der Ausbildung verursacht wurde.

Sie



- 2 -

/// Sie können die Entschädigung wegen dieser Gründe noch bis zum 30. September ds.Js. beim Entschädigungsamt auf den dafür vorgeschriebenen Vordrucken anmelden, die ich Ihnen nebst Anleitung hiermit übersende.

Mit bestem Gruss

Ihr



Rechtsanwalt.

**Dr. LUDWIG RUGE**  
RECHTSANWALT U. NOTAR  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, CARMERSTR. 131  
TELEFON: 32 48 22  
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 111 85

24. März 1955.-

Dr.R/B.-

An die

Wiedergutmachungsämter von Berlin,

Berlin - Schöneberg,

Martin Luther- Strasse 61/66.-

Betrifft : Rückerstattungssache King u. Gillatt ./.. Dt. Reich  
- Guthaben bei der Deutschen Bank -

Aktenzeichen : 5 #GA 3173/50.-

/ Ausweislich des hier in Abschrift beiliegenden Vermerkes über die Akte des O.F.Präs. Nr. O.5205.61 / 36 749 ist der Erblasserin der Antragsteller am 25. August 1944 ein Guthaben von RM 5.147,40 und am 18. Dezember 1944 ein Guthaben von RM 721,16 entzogen worden.

Ich bitte um Feststellung und Mitteilung, ob auch das zweite Guthaben von RM 721,16 Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist oder ob insoweit eine Neuanmeldung auf Grund der Anordnung vom 15. November 1954 erfolgen müsste.

Bezüglich des entzogenen Guthabens von RM 5.147,40 dürfte kein Zweifel bestehen, dass es im vorliegenden Verfahren Gegenstand der Entscheidung ist.

Gez. Ruge

Rechtsanwalt.

# V e r m e r k .

Die Akte des früheren O.F.Pras. O.5205. 61 / 36 749 enthält folgende Angaben:

Edith Oppenheim geb.Salomonssohn, geboren 5.3.1894 in Hohensalza, zuletzt wohnhaft in Berlin, Landshtuterstrasse 8.

| Kasseneingänge:                  |           | Ausgaben                                 |            |
|----------------------------------|-----------|--|------------|
| 15.10.43 von Gassag              | RM 14,10  | Miete für die Zeit vom 1.3. bis 31.12.43 | RM 1.250.- |
| 23.3. 44 von Beamten-vers.Verein | 11.953,88 | an Bewag                                 | 4,33       |
| 29.4. 44 Dt.Reichsbank           | 0,51      |  |            |
| 16.10.44 Verkaufserlöse          | 16.--     |  |            |
| 25.8. 44 Dt.Bank                 | 5.147,40  |  |            |
| 18.12.44 Dt.Bank                 | 721,16    |  |            |

Am 8.12.1943 wurde die Vermögensschiebung im Reichsanzeiger veröffentlicht.

Am 25.8.1943 wurde Frau O. abtransportiert.

Am 20.9.1943 zeigte der Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes zu Berlin, Französischestr.13/14, an, dass Frau O. aus der bei ihm bestehenden Versicherung Anspruch auf eine Witwenrente von jährlich RM 1.010,78 habe, die bis zum 30.9.42 gezahlt worden sei.

Sie stellte den Abfindungsbetrag der Rente auf RM 11.953,88 fest und überwies ihn am 23.3.43 an die Kasse des O.F.Pras. Der Abfindungsbetrag wurde mit 75 % des Deckungskapitals + Zinsen errechnet.

Am 26.6.44 zeigte die Deutsche Bank an, dass Frau O. bei ihr ein Bausparbuch von RM 5.124,96 habe.

Am 18.12.44 zeigte die Deutsche Bank an, dass Frau O. auf Sicherungskonto ein Bausparbuch von RM 721,16 habe und dass in ihrem Depot folgende wertlose Effekten lägen:

|             |  |
|-------------|--|
| 25 Stück    | 4 % Warschau-Wiener Eisenb.Obl.            |
| 2. 10.000.- | dergleichen                                |
| 25 Stück    | 4 1/2% Iwangorod-Dombrowa Eisenb.Obl.      |
| 2 40.-      | Scritps der 5 % Chines.Tientsin Pukow Obl. |
| Rubel 100.- | 5 % 1866er Russ.Prämien Anl.               |

Diese Effekten wurden am 23.9.44 an die Reichsbank ausgeliefert

|  |                |
|--|----------------|
| Am 16.10.44 wurden verkauft aus dem Besitz der Frau O. |                |
| 1 französ.Füllfedernhalter für                         | RM 7.--        |
| 1 Vierfarbenstift                                      | " 8.--         |
| 1 Paar Ohrstecker                                      | " 1.-- = 16.-- |

Am 9.3.45 übernahm die Pfandleihanstalt in Berlin N 4, Elsassstrasse 74

|   |               |
|---|---------------|
| 1 Bandring aus Silber 800 mit hellem Amethyst für   | 10.--         |
| 1 losen Amethyst oval mit Gravierung  | " 15.--       |
| Zahngold 1,3 gr   | " 3,12        |
| 1 Damen-Sport-Knopfloch-Uhr, Fabrikat Huber, Weissmetall, Ankerwerk 15 Steine, mit unechter Schlangenkette, Nr. 102 896 | " 20.--=48,12 |
| So geschätzt von einem Herrn Walthar Gutschner in Berlin, W. 35, Potsdamerstrasse 70.                                   |               |

Berlin, den 22.Februar 1955  
Ir.Ruge/H.

gez. Dr.Ruge

**Dr. LUDWIG RUGE**

RECHTSANWALT U. NOTAR  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, CARMERSTR. 131  
TELEFON: 32 48 22  
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 111 85

24. März 1955.-

Dr. R./B.-

An die

Wiedergutmachungsämter von Berlin,

Berlin - Schöneberg,

-----  
Martin Luther-Strasse 61/66.-

Betrifft : Rückerstattungssache King und Gillatt ./.. Dt.Reich  
- Juwelen -

Aktenzeichen : 5 WGA 3174/50.-  
-----

Auf die Mitteilung des Senators für Finanzen vom 22. Februar 1955 erwidern mir die Antragsteller, dass eine schuldhaft unrichtige eidesstattliche Versicherung auch nach englischem Rechte strafbar sei, was selbstverständlich sein dürfte.

Zu der Liste selbst und der Rückfrage des Amtes bemerken sie, dass ~~mir~~ alles, was sie aus zuverlässiger Erinnerung noch sagen können, in ihrer eidesstattlichen Versicherung vom 5. Juni 1953 gesagt worden sei, und dass sie nicht in der Lage seien, weitere Einzelheiten anzugeben. Sie schreiben mir, dass es sich grossenteils um wertvolle alte Familienschmuckstücke gehandelt habe, die vielleicht vor Jahrzehnten angeschafft oder geschenkt worden sind, und dass es ihnen begreiflicherweise nicht zugemutet werden könne, die Grösse und Reinheit von Brillanten oder das Silbergewicht oder andere Einzelheiten anzugeben, die einem Kinde ja in der Regel nicht so genau bekannt sind, wie sie der Mutter bekannt gewesen sein werden. Es kann mithin eine Ergänzung der eidesstattlichen Versicherung nicht beigebracht werden.

gez. Ruge

Rechtsanwalt.

**DR. LUDWIG RUGE**  
**RECHTSANWALT UND NOTAR**

**FERNRUF 85 48 17 u. 87 49 17**

**POSTSHECKKONTO: BERLIN - WEST 111 85**  
**BANK: BERLINER HANDELS-BANK A. G.,**  
**BERLIN W 15, UHLANDSTRASSE 165/166**  
**BÜROZEIT:**  
**9-16 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR**

**H.**

**BERLIN - WILMERSDORF, DEN 5. Juli 1955.**

**SE 1.2/IV. ZIMMER 400**  
**INNER PLATZ**

**Neue Anschrift ab 1.12.1954:**

**Berlin-Charlottenburg 2**

**Carmerstraße 13<sup>1</sup>**

**Telefon: 32 48 22**

**(nahe Steinplatz, Zoo und Savignypfatz)**

**Frau**  
**Eva Emmy Gillatt,**  
**77, Barlow Road,**  
**Levenshulme,**  
**Manchester 19 / England.-**

**Sehr geehrte Frau Gillatt!**

**In Ihrer Entschädigungssache erhielt ich Ihr Schreiben vom**  
**30. Juni d. Js. und übersende Ihnen anliegend Durchschlag meines**  
**heutigen Schreibens an das Entschädigungsamt zur gefl. Kenntnis-**  
**nahme.**

**Mit bestem Gruss**

**Ihr**



**Rechtsanwalt.**

**Dr. LUDWIG RUGE**  
RECHTSANWALT U. NOTAR  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, CARMERSTR. 13<sup>1</sup>  
TELEFON: 32 48 22  
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 111 85

Dr.R/H.

5.Juli 1955.

An das  
Entschädigungsamt Berlin,  
B e r l i n W. 35,  
-----  
Potsdamer Strasse 186 (Zimmer 127).-

Betrifft: Entschädigungsantrag Eva G i l l a t t  
Register-Nr.: 254 630  
Gesch.-Z.: IV H 6  
-----

In vorstehender Entschädigungssache überreichte ich in der Anlage  
die von der Antragstellerin ausgefüllte und unterschriebene  
/ Erklärung zum Ausbildungsschaden.

Zur Zeit ihrer Auswanderung war die Antragstellerin noch ein  
Kind/und lebte bei Ihrer Mutter, der Frau Edith Oppenheim geb.  
(19 Jahre)  
Salomonsohn, die in Berlin W, Landshuterstrasse 8 wohnte.  
Der Nachweis des Wohnsitzes ist in den Akten Register-Nr.70 868  
erbracht worden und ergibt sich auch aus den Akten des O.F.Präs.  
O.5205. 61/ 36 749, aus denen ich einen Auszug zu den Ent-  
schädigungsakten überreicht habe.

LOL RUGE

Rechtsanwalt.

DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FERNRUF 32 48 22

POSTSHECKKONTO: BERLIN-WEST 111 85  
BANKK.: BERLINER HANDELS-BANK A.G.,  
BERLIN W 15, UHLANDSTRASSE 165/166  
BÜROZEIT:  
9-16 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

Dr.R/H.

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, DEN 7.Juli 1955.

CARNESTASSE 131  
(NAHE STEINPLATZ, ZOO UND SAVIGNYPLATZ)

Herrn

R.M. K i n g ,  
Flat 1,  
Hollybush, Hadley Green,  
B a r n e t , Herts / England,  
-----

Frau

Eva G i l l l a t t ,  
77, Barlow Road, Levenshulme,  
M a n c h e s t e r 19/England.-  
-----

Sehr geehrte Frau Gillatt!

In der Wiedergutmachungssache wegen der abgelieferten Wertsachen  
- Aktenzeichen: 5 WGA 3174/50 - hat der Senator für Finanzen  
Inren Anspruch auf Entschädigung grundsätzlich anerkannt und  
darum gebeten, durch einen Sachverständigen den Wert der Gegen-  
stände feststellen zu lassen. Das WGA hat ihm vorgeschlagen,  
einen Vergleich auf der Grundlage anzunehmen, dass eine Ent-  
schädigung in Höhe von DM 800.-- geleistet wird, für deren  
Zahlung die zukünftige Gesetzgebung zur Regelung von Verbind-  
lichkeiten des früheren Reiches massgeblich sein solle.  
Ich bitte um Ihre Mitteilung, ob Sie Ihrerseits sich auf dieser  
Grundlage vergleichen würden. Sie haben beide in Ihrer Erklärung  
vom 5.6.1953 den Wert der abgelieferten Sachen mit RM 10.000.--  
angegeben, so dass mir ein Betrag von DM 800.-- keine angemessene  
Entschädigung zu sein scheint. Ich bitte um Ihre Äusserung dazu.

Mit bestem Gruss

Ihr



Rechtsanwalt.

Received

12/7/55

Frau  
Eva Emmy Gillatt,

77, Barlow Road,  
Levenshulme,

Manchester 19 /England

-----

DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2  
CARMERSTRASSE 13<sup>1</sup>, TELEFON 32 48 22





DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FERNRUF 33 48 33

POSTSCHKKONTO: BERLIN-WEST 111 85  
BANKK.: BERLINER HANDELS-BANK A.G.,  
BERLIN W 16, UHLANDSTRASSE 166/168  
BÜROZEIT:  
9-16 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, DEN 26. Juli 1955.-  
CARMERSTRASSE 131  
(NAHE STEINPLATZ, ZOO UND SAVIGNYPLATZ)

Sz.

Herrn

R.M. K i n g ,  
Flat 1,  
Hollybush, Hadley Green,  
B a r n e t , Herts / England;

Frau

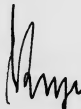
Eva G i l l a t t ,  
77, Barlow Road, Levenshulme,  
M a n c h e s t e r 19, England.-

Sehr geehrte Frau Gillatt !

In Ihrer Rückerstattungsache ./.. Deutsches Reich  
betreffend Juwelen - 5 WGA 3174/50 - übersende ich  
/ Ihnen in der Anlage in Abschrift die Zuschrift der  
Wiedergutmachungsämter von Berlin vom 21.de.Mts. nebst  
/ Anlage mit der Bitte um gefl. Erklärung.

Mit bestem Gruss

Ihr



Rechtsanwalt.

Abschrift /Sz.

Wiedergutmachungsämter von Berlin  
Berlin-Schöneberg, Martin-Luther-Str. 61/66

5 WGA 3174/50

Berlin-Schöneberg, den 21.7.1955 pk  
Martin-Luther-Str. 61/66  
Tel. 71 02 61 -App. 3319

Herrn  
Rechtsanwalt Dr. Ludwig Ruge  
Berlin-Charlottenburg 2  
Carmerstr. 13

Betrifft: Rückerstattungsverfahren Ronald Michael King und  
Eva Emmy Gillat  
./.. Deutsches Reich  
Juwelen

In obenbezeichnetem Rückerstattungsverfahren wird beiliegende  
Abschrift des Schreibens des Senators für Finanzen, Berlin W 15,  
vom 18.7.55 - IV/D 3 - zur Stellungnahme übersandt.

Es musste in dem Ihnen abschriftlich mitgeteilten Schreiben vom  
30.v.M. selbstverständlich DM 8.000,-- heissen.

Die Einholung eines Gutachtens halten wir für zwecklos, da der  
Sachverständige nach Lage der Sache auch nur von Mittelqualitäten  
ausgehen kann.

Wir empfehlen, in aussergerichtlichen Verhandlungen eine Ver-  
ständigung zu versuchen. Wenn diese ohne Erfolg bleiben, wird  
die Sache verwiesen werden.

gez. O e h l e r

Beglaubigt:

gez. Unterschrift

Abschrift/Sz.

Der Senator für Finanzen .  
Sondervermögens- und Bauverwaltung

Berlin W 15, den 18.7.55  
Kurfürstendamm 193/194  
Fernspr.: 91 02 11 App.189

Gesch.Z.: Fin III SVer. IV/D 3

O 1489 - 5 WGA 3174/50

An die  
Wiedergutmachungsämter  
von Berlin

Berlin-Schöneberg

Betrifft: Rückerstattungsverfahren  
Ronald Michael K i n g } ./ . Deutsches Reich  
u. Eva Emmy G i l l a t  
- Juwelen -

Bezug: dortiges Schreiben vom 30.6.1955

Anlage: 2 Durchschriften

Im vorliegenden Fall kann ich mich zu einem Vergleichsvorschlage über DM 8.000,-- (nicht DM 800,--), ohne dass ein Sachverständiger gehört werden ist, nicht äussern.

Ich beantrage daher, wegen des Wertes der zwangsabgelieferten Gegenstände ein Sachverständigengutachten einholen zu lassen. Ich hoffe dabei, dass der von dort zu benennende Sachverständige anhand der eidesstattlichen Versicherung der Antragsteller vom 5.6.53 eine Schätzung vornehmen kann.

Die Antragsteller beziffern den Wert der Gegenstände mit RM 10.000.--. Ich erlaube mir den Hinweis, dass aus den Reichsmarkpreisen für Schmuck, der sonst nicht näher bezeichnet ist, keine Schlüsse auf den heutigen Wert gezogen werden können.

Im Auftrage

gez. Unterschrift

Flat 1,  
Hollybush,  
Hadley Green,  
Barnet,  
Herts.

2nd August, 1955.

My dear Eva,

It seems, and very probably is, ages since I last wrote to you, but you will appreciate that things have been very much upside down here for the last 3 weeks or so. I am glad to say that the Decorators have now departed, after having made an extremely good job of the flat, and we are very well satisfied, particularly since it did not cost us a penny.

Briefly, it now looks like this:- The room downstairs has been painted with Peach Emulsion Paint, and so has the Bedroom and Lounge and Staircase wall and upper landing. The woodwork in the hall downstairs, the staircase and landing is now a light grey, which is a lot better than that awful green. The woodwork in the bedroom is a light pink shade, and the lounge is white. The Bathroom and Kitchen is now white (flat oilpaint in the kitchen and shiny in bathroom) with a very pleasant light blue for the woodwork in both. We also have a few new curtains, notably a blue one with little Penguins in the Bathroom and a reddish plastic one in the kitchen. As we have moved all our suitcases and many other items into the pantry next door, the flat looks very tidy and a lot bigger than in the past. We are very pleased with it all, and the few friends who have come to visit us so far quite agree that this is now a very pleasant place.

I am enclosing my reply to Dr. Ruge, and feel sure that you will agree that £M.8000.-- (approx. £800) seems a fair compensation for that RM.10,000 Jewlry item. I suggest that if you agree, you write to him separately as soon as possible, so that he can inform them that we agree to settle this matter out of court on that sum. I am quite certain that we do not stand the least chance of obtaining anymore than that, and quite probably we would get much less, or nothing, if we should not agree. But as you and I have not talked about this £M.8000, I felt that I could not reply on your behalf also, and therefore suggest that you write him yourself.

There is not much to report from here. We are making use of the fine weather we are having now, and since all my customers are on holidays there is no point in my trying to see anybody and I am taking this week off. We are planning to go to the South Coast on Thursday and perhaps stay for

3 or 4 days or even longer, provided the weather does not let us down. It is equally possible, that we come back the same evening, though I do not think so. Because of this, it is a little difficult to make any arrangements regarding Lamb, and I rather leave this to Diana, who will no doubt write to her in a day or so. As we are not likely to go away much next year, I think it would be important that we make use of the bit of fine weather now and make any other arrangements later.

Diana is feeling very fit indeed and so far the offspring has certainly not been very troublesome, though no doubt that will come before very long. Judged by the kicking taking place now and then, it ~~xxx~~ will certainly become quite a footballer, if it turns out to be a boy, and if it is a girl and she does go on like this later on, I should hate to be her husband!

The big house here is still empty and there is no sign of anyone moving in yet. It has been very nice to have this garden, including a couple of snakes near the lilypond, for our use, and we have been helping ourselves to quite a lot of fruit.

Since a few days ago, Diana has had the help of the MacMillans old Charlady, who is now also working with Mrs. Carr a few houses along. She seems to be very fast and very good, and we are very glad to have been able to get hold of her.

I hope that you are all very well, and am glad that you have had such a nice holiday. I am sure that it will have done you all a lot of good. It is not unlikely that I shall have to come to Manchester during the next 4/6 weeks or so, though I do not yet know for sure. It rather depends on the people in Sale, who have not yet told us what they intend to do when their agreement expires. I hope they will continue to stay on.

So much then for now. Diana will write in a day or so, and I hope to see you before long.

Best regards to you all,

love, always,

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Daisy', with a long, sweeping vertical line extending downwards from the end of the name.

Flat 1,  
Hollybush,  
Hadley Green,  
Barnet,  
Herts.  
England.

1. August, 1955.

Herrn Dr. L. Ruge,  
Berlin - Charlottenburg, 2.  
Cannarstrasse 83.

Sehr geehrter Herr Dr. Ruge,

Ich danke Ihnen für Ihre Schreiben vom 7. und 26. Juli, und wir hätten, wie Sie vorgeschlagen haben, eine Entschädigung von RM. 800.-- auch nicht als angemessen anerkannt.

Da diese Summe über RM. 8000.-- ist, bin ich bereit, dies als genügende Entschädigung der Jurslen Ablieferung anzuerkennen. Ich denke, dass eine aussergerichtliche Verständigung wohl diese Angelegenheit billiger und schneller regeln dürfte, und bin aus diesen Gründen mit RM. 6000.-- zufrieden; vorausgesetzt, dass Sie diese Summe auch als angemessen finden. Ich bin sicher, dass meine Schwester Ihnen das gleiche schreiben wird.

Der Vorschlag der aussergerichtlichen Verständigung der RM.8000.-- würde von Wiedergutmachungsausschuss gemacht, aber der Brief des Senators für Finanzen, vom 16. Juli, ist mir nicht ganz klar. Meint das, dass der Herr Senator mit einer Verständigung von RM. 8000.-- ohne Sachverständigen-gutachten übereinstimmt, oder muss ein Sachverständigen-gutachten noch eingeholt werden? Wie schon früher geschrieben, dürfte es sehr schwer, oder sogar unmöglich sein, dies hier zu erhalten, und da das Wiedergutmachungsausschuss scheinbar der selben Meinung ist, bin ich nicht ganz sicher, ob dieses Sachverständigen-gutachten auch erfordert wird, wenn wir mit RM.8000.-- Entschädigung uns zufrieden stellen?

Mit besten Grüßen,

Ihr

R. M. King.

self.  
8/8/55

Abschrift/Sz.

A U S F E R T I G U N G

=====

(150. WGK) 5 WGA 3172/50 (84.55)

B E S C H L U S S

=====

In der Rückerstattungsache

1. des Ronald Michael K I N G (früher Werner Oppenheim),  
17 Denolle Road, Sale Moor, (Cheshire, England,
2. Der Frau Emmy GILLATT geb. Oppenheim,  
77 Barlow Road, Levenshulme, Manchester 19, England,

- Antragsteller -

- Verfahrensbevollmächtigter/

Rechtsanwalt Dr. Ludwig R U G E ,  
Berlin-Charlottenburg 2, Carmerstrasse 13,

g e g e n

das D e u t s c h e R e i c h ,  
Verfahrensstandschafter: B e r l i n ,  
vertreten durch den Senator für Finanzen,  
Sondervermögens - und Bauverwaltung,  
Berlin-Charlottenburg 2, Fasanenstrasse 87,

- Antragsgegner -

hat die 150. Zivilkammer ( Wiedergutmachungskammer )  
des Landgerichts Berlin auf die mündliche Verhandlung  
vom 3. Februar 1956 unter Mitwirkung

des Landgerichtsdirektors Dr. Imberg  
als Vorsitzenden,

der Landgerichtsrätin Gutzeit und

des Landgerichtsrats Schurer  
als beisitzende Richter

b e s c h l o s s e n :

1. Der Rückerstattungsanspruch wird abgewiesen.
2. Die Entscheidung ergeht gebührenfrei.

Ausssergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.

G R Ü N D E :

=====

Die Antragsteller sind nach dem gemeinschaftlichen Erbschein  
des Amtsgerichts Schöneberg vom 29. September 1950 - 7.VI. 2361/50  
die Erben ihrer Mutter, der rassistisch verfolgten Frau Edith Oppen-  
heim geb. Salomonsohn. Die Erblasserin, die ihren letzten Wohnsitz  
in Berlin W 30, Landshuter Strasse 8, hatte, ist am 25. August 1943  
deportiert worden. (OFF-Akten O 5205 - 51 / 36 749, Bl. 63.)

In diesen Akten ist das Vermögen der Erblasserin durch Bekannt-  
machung der Staatspolizeileitstelle Berlin vom 30. Januar 1943 -  
veröffentlicht Nr. 287 des Deutschen Reichsanzeigers vom 8.

Dezember

Dezember 1943- zu Gunsten des Deutschen Reiches eingezogen worden, und zwar auf Grund des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 und des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 (OFF-Akten Bl. 3) Zu dem Vermögen der Erblasserin gehörte ein Wertpapierdepot Nr. 13474 bei der Deutschen Bank Filiale Berlin W 8, Mauerstrasse 26/27 (sow. Sektor), das bei deren Depositenkasse R Berlin-Charlottenburg, Joachimstaler Strasse 4 (brit. Sektor) mit folgenden Stücken geführt wurde (OFF-Akten Bl. 34):

St. 25 - 4 % 9. Warschau - Wiener Eisenbahn - Obl.

M. 10.000 4 % dergl.

St. 25 4 1/2 % 81/82 Inwagorod- Dombrowa Eisenb. Obl.  
Ser. I.

Kr. 100.000 4 % 1897 Em. 2 Wiener Verkehrs anl.

£ 40 Kassenquittung über unverzinsl. Scrips der 5 %

1908, 1910 Chines. Tientsin - Pukow Eisenbahn - Anl.

Rbl. 100.-- 5 % 1866 Russische Prämien Anl.

Zinsscheindepot - Separatdepot:

§ 10.68 Mexicaner C Scrips.

Mit Schreiben vom 23. Oktober 1944 bestätigte die Deutsche Bank dem Oberfinanzpräsidenten folgendes (OFF-Akten Blatt 44):

" O 5205 - Sm-61 / 36749

Edith Sara Oppenheim geb. Salomonsohn,  
zuletzt Berlin W 30, Landshuter Strasse 8,

Wir teilen Ihnen mit, dass unsere Depositenkasse R auf Grund Ihres Ersuchens die im Depot ruhenden Wertpapiere der Obengenannten an die Reichsbank - Wertpapier-Abt., zu obigem Aktenzeichen ausgeliefert hat.

Unsere Geschäftsverbindung ist nunmehr erloschen."

Land- und Kammergericht hatten den Rückerstattungsanspruch wegen Nichtanwendbarkeit der REAO abgewiesen, da der Entziehungsvorgang sich im heutigen Ostsektor Berlins abgespielt habe, des weiteren hat das Kammergericht aber auch ausgeführt, dass der Anspruch auf Schadenersatz auch deshalb entfallen würde, weil die Wertpapiere bereits im Zeitpunkt der Entziehung völlig wertlos gewesen seien.

Mit Schriftsatz vom 17. II. 1955 haben die Antragsteller beim Wiedergutmachungsamt die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt und geltend gemacht, dass zumindest ein Teil der Wertpapiere im Zeitpunkt der Entziehung nicht wertlos gewesen seien.

Die Antragsteller beantragen,

den Antragsgegner nach Massgabe der zukünftigen Gesetzgebung für rückerstattungsrechtliche Verbindlichkeiten zum Schadenersatz mindestens aber Wertersatz, wegen Entziehung der Wertpapiere zu verurteilen.

Der Antragsgegner beantragt

Zurückweisung des Anspruches.

Er behauptet, sich nicht schadenersatzpflichtig gemacht zu haben.

Nach der Auskunft des Archivs des ehemaligen Reichsfinanzministeriums sind die Wertpapiere nicht verwertet worden (Bl. 64 d.A.)-

Auf



Auf eine entsprechende Anfrage des Wiedergutmachungsamtes hat die Deutsche Bank unter dem 2. April 1955 erklärt, dass ein Teil der Wertpapiere im Jahre 1943 im Verhältnis 10 : 1 in Reichsschatzanweisungen hätten umgetauscht werden können. Das sei heute nicht mehr möglich, die Wertpapiere seien ohne realisierbaren Wert (vgl. Bl. 54 d.A.).

Bei einem Umtausch hätten rechnerisch M 3030.- 3 1/2 % Deutsche Reichsschatzanweisungen erworben werden können.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Vorbringens der Parteien und wegen des weiteren Sachverhalts wird auf die Akten und Beilagen Bezug genommen.

Die Wiederaufnahme des Verfahrens ist auf Grund des rechtzeitig gestellten Antrags nach der BK/O (54) 15 zulässig, da der Anspruch wegen der Beschränkung des Geltungsbereiches der REAO auf die Westsektoren Berlins abgewiesen worden war. Da die Entziehung im Ostsektor erfolgte und die Verfolgte ihren Wohnsitz in Berlin W 30, Landshuter Strasse 8 hatte, liegen somit die Voraussetzungen der BK/O (54) 15 vor.

Der Ersatzanspruch ist jedoch sachlich nicht begründet. Wie das Kammergericht in dem beiden Parteien bekannten in diesem Verfahren ergangenen Beschluss bereits ausgeführt hat, entfällt ein Schadenersatzanspruch deshalb, weil die Papiere im Zeitpunkt der Entziehung bereits völlig wertlos waren.

Da es sich um ausländische Wertpapiere handelt, kommt auch die Rückerstattung von Ansprüchen aus der Wertpapierbereinigung nicht in Betracht.

Eine Ersatzpflicht würde nur aus der Tatsache abgeleitet werden können, dass ein Teil der Papiere im Jahre 1943 in Reichsschatzanweisungen hätte umgetauscht werden können. Voraussetzung hierfür wäre jedoch, dass der Antragsgegner den Nichtumtausch zu vertreten hat.

Dies ist aber nicht der Fall.

Aus den OFP-Akten ergibt sich nicht, dass die Erblasserin der Antragsteller die sonst übliche Vermögenserklärung abgegeben hat. Das Vermögen der Erblasserin ist vielmehr durch Verfügung der Staatspolizeileitstelle Berlin vom 30. November 1943 zu Gunsten des Deutschen Reiches eingezogen worden. Diese Verfügung ist aber erst unter dem 8. Dezember 1943 im Reichsanzeiger veröffentlicht worden.

Zu dieser Zeit war mit der Einziehung betrauten Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg das Vorhandensein des Wertpapierdepots noch nicht bekannt.

Vielmehr ergibt sich aus den OFP-Akten (Bl. 28), dass die Deutsche Bank erstmals unter dem 26. Juni 1944 das Vorhandensein des Depots dem Oberfinanzpräsidenten gemeldet hat.

Zu diesem Zeitpunkt war ein Umtausch der Wertpapiere aber nicht mehr möglich, so dass der Oberfinanzpräsident Berlin Brandenburg, auf dessen Verhalten es allein ankommt, den Nichtumtausch nicht zu vertreten hat.

Die Tatsache, dass die Erblasserin der Antragsteller am 25. August 1943 deportiert worden ist, rechtfertigt aber für sich allein nicht die Verurteilung des Antragsgegners im Rückerstattungsverfahren.

Die

- 4 -

Die Kostenentscheidung folgt aus Artikel 65 REAO, in Verbindung mit der Anordnung der Alliierten Kommandantur Berlin BK/O (54) 8 vom 15. Juni 1954.

gez. Dr. Imberg

gez. Gutzeit

gez. Schurer

Ausgefertigt

gez. Haase

Justizangestellte

als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle  
des Landgerichts Berlin

DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FERNRUF 32 48 22

POSTSCHECKKONTO: BERLIN-WEST 111 85  
BANK: BERLINER HANDELS-BANK A.G.  
BERLIN W 18, UHLANDSTRASSE 165/166  
BÜROZEIT:  
9-16 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, DEN 28. Oktober 1955.  
CARMERSTRASSE 131  
(NAHE STEINPLATZ, ZOO UND SAVIGNYPLATZ)

Dr. R /Sz.

Frau

Eve Gillatt,  
77, Barlow Road, Levenshulme,  
Manchester 19 / England,

Herrn

R.M. King,  
Flat 1,  
Hollybush, Hadley Green,  
Barnet, Herts / England.-

Sehr verehrte Frau Gillatt !

In den Rückerstattungssachen wegen der abgelieferten Wertsachen  
- 5 WGA 3174/50 - , wegen der eingezogenen Guthaben bei der  
Deutschen Bank von RM 721,16 - 52 WGA 219/55 - und beim Beamten-  
versicherungsverein von RM 11.953,88 - 52 WGA 211/55 - habe ich  
am 25.ds.Mts. bei den Wiedergutmachungsämtern mit dem Vertreter  
des Senats einen Vergleich dahin zu Protokoll gegeben, dass Ihnen  
in ungeteilter Erbengemeinschaft ein Schadensersatzanspruch zu-  
steht von

DM 8.000.-- für die Wertsachen und von

DM 1.267,50 für die beiden Guthaben zusammen.

Die Höhe der auf diese Vergleiche zu leistenden Zahlungen hängt  
von der bevorstehenden Gesetzgebung über die Verbindlichkeiten des  
früheren Deutschen Reiches in Rückerstattungssachen ab.


Bei dem zweiten Vergleich über DM 1.267,50 behielt der Vertre-  
ter des Senats sich das Recht des Widerrufs deshalb vor, weil er  
auf diesen Vergleichsvorschlag des WGA nicht vorbereitet gewesen  
war und deshalb der nachträglichen Zustimmung des Sachreferenten  
bedarf. Die Frist dafür läuft am 15. November ds. Js. ab, es ist aber  
nicht mit einem Widerruf zu rechnen.

//

Abschrift der Vergleiche füge ich hier zur Kenntnisnahme bei.

Mit bestem Gruss

Ihr



Rechtsanwalt.

Abschrift /Sz.

Wiedergutmachungsämter  
von Berlin

Berlin-Schöneberg, den 25.10.55  
Martin-Luther-Str. 61/66

Aktenzeichen: 52 WGA 219/55 und 211/55

Reg.Nr.C/XD/3019/0, 3008/0 des Zentral-  
maldeamts (Treu-  
händer) W 30,  
Nürnberger Str.  
53/55

Gegenwärtig:

|               |                       |
|---------------|-----------------------|
| O e h l e r   | als Richter           |
| G o e r i t z | als Protokollführerin |

In dem Rückerstattungsverfahren

- 1.) des Ronald Michael King,  
Flat 1, Hollybush, Hadley Green, Barnet, Herts/ England,
- 2.) der Eva Emmy Gillatt,  
77, Barlow Road, Levenshulme, Manchester 19/England

Antragsteller,

Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Ludwig Ruge,  
Berlin-Charlottenburg, Carmerstr. 13

g e g e n

das Deutsche Reich,  
Verfahrensstandschafter: Berlin,  
vertreten durch den Senator für Finanzen,  
Sondervermögens- und Bauverwaltung,  
Berlin W 15, Kurfürstendamm 193/194,

Antragsgegner,

**Verfahrensbevollmächtigter**  
**Zustellungsbevollmächtigter**

erschieden vor dem Wiedergutmachungsamt

- 1.) für die Antragsteller Herr Rechtsanwalt Dr. Ludwig R u g e
- 2.) für den Antragsgegner Herr Frank B r o s z e  
mit dienstlicher Bescheinigung  
vom 24.1.1955.

Die Erschienenen sind dem Wiedergutmachungsamt persönlich bekannt.  
Nach ordnungsmässiger Feststellung der örtlichen und sachlichen Zu-  
ständigkeit des vorbezeichneten Wiedergutmachungsamtes sowie nach  
Prüfung aller Legitimationen und Vertretungsvollmachten der Parteien  
erklärten diese:

Wir gehören zu dem Kreis der nach der Rückerstattungsanordnung der  
Alliierten Kommandantur BK/O (49) 180 vom 26. Juli 1949 berechtigten  
und zur Rückerstattung verpflichteten Personen.

Wir sind zur gütlichen Einigung bereit und bestätigen unsere gegen-  
seitigen Vollmachten.

Die

Die Parteien schlossen nach Erörterung der Sach- und Rechts-  
lage folgenden Vergleich:

Der Antragsgegner verpflichtet sich, für die beanspruchten Guthaben von RM 721,16 und 11.953,88 Schadensersatz zu leisten, wobei etwaige Rechte, die bei Fortbestand der Guthaben aus dem Altsparenergengesetz herzuleiten gewesen wären, zu berücksichtigen sind.

Der Antragsgegner verpflichtet sich jedoch, mindestens Wertersatz in Höhe von 1.267,50 DM BdL zu leisten.

Sämtliche Zahlungen haben an die Antragsteller in ungeteilter Erbengemeinschaft unter Beachtung der Devisenbestimmungen und nach Massgabe künftiger gesetzlicher Regelung der rückerstattungsrechtlichen Verbindlichkeiten des Deutschen Reiches zu erfolgen.

Hiermit sind sämtliche Ansprüche aus den Verfahren 52 WGA 219 und 211/55 ausgeglichen.

Der Antragsgegner behält sich den Widerruf dieses Vergleichs durch schriftliche Anzeige zu den Akten des WGA bis zum 15.11.1955 vor.

Diese Verhandlungsniederschrift wurde vorgelesen, von den Erschienenen genehmigt und von ihnen, wie folgt, unterschrieben:

gez. Dr.Ludwig Ruge  
gez. Oehler

gez. Frank Broeze  
gez. Goeritz



Flat 1,  
Hollybush,  
Madley Green,  
Burnet,  
Herts.

4. März, 1956.

Herrn Dr. L. Ruge,  
Berlin - Charlottenburg, 2.  
Garnier Strasse 13.

Sehr geehrter Herr Dr. Ruge,

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 21. Februar mit den Abschriften des Beschlusses.

Meinen Sie, dass es besser haben würde eine Beschwerde einzureichen oder sind Sie der Meinung dass es zurückgewiesen werden wird? Vor einiger Zeit, waren Sie der Meinung dass wenigstens die Kr. 100.000 Wiener Verkehrsanleihe einen Ort gehabt haben, und bevor wir uns zu einer Beschwerde entschliessen, würden wir gerne Ihre Ansicht wissen.

In dem Beschluss heisst es, dass unsere Mutter am 25. August 1948 deportiert wurde und da dieses Datum nicht mit den uns früher gegebenen Daten übereinstimmt, wären wir Ihnen sehr dankbar wenn Sie uns bitte weitere darüber schreiben können.

Mit besten Grüßen,

Ihr

R.M.King.

Dr. LUDWIG RUGE

RECHTSANWALT U. NOTAR  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, CROWMERSTR. 13  
T. N. 111 22  
POSTFACH 101111 - 101111 WEST 111 85

14. März 1956.-

Sz.

Herrn

R. M. King,

Flat 1,  
Hollybush,  
Hadley Green,  
Barnet, Herts / England.-  
-----

Sehr geehrter Herr King !

In Ihrer Rückerstattungssache ./.. Deutsches Reich wegen des Wertpapierdepots bei der Deutschen Bank nehme ich Bezug auf mein Schreiben 7.ds.Mts. und überreiche Ihnen in der Anlage in Abschrift die mir zugegangene Antwort der Berliner Handels-Gesellschaft vom 13.ds.Mts.

Danach verspricht die Beschwerde keinen Erfolg. Ich werde sie deshalb nicht einlegen.

Mit bestem Gruss

Ihr

gez. L. R. J.

Rechtsanwalt.

Abschrift/Sz.

Berliner Handels-Gesellschaft

Herrn  
Dr. Ludwig R u g e  
Rechtsanwalt und Notar

Berlin-Charlottenburg  
Carmerstrasse 13

Berlin W 15, den 13. März 1956  
Uhlandstrasse 165/166

HL

Ihre Zeichen: Dr.R/H

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 7.d.M. und teilen Ihnen mit, dass die von Ihnen aufgeführten Effekten

|      |            |  |
|------|------------|--|
| St.  | 25         | 4% Warschau-Wiener Eisenbahn Obl.  |
| M    | 10.000.--  | 4% dergl. Obl.   |
| St.  | 25         | 4 1/2 % Inwagorod-Dombrowa<br>Eisenbahn Obl.v.1881/82 Ser I  |
| Kr.  | 100.000.-- | 4 % Wiener Verkehrs anl.v.1897 Em 2  |
| £    | 40         | Kassenquittung über unverzinsl.<br>Scripts der 5% Chines.Tientsin-<br>PuKow Eisenbahnanl.v.1908,1910 |
| Rbl. | 100.--     | 5 % Russische Prämienanl.v.1866  |
| §    | 10.68      | Mexicaner C Scripts  |

im Jahre 1943 als wertlos anzusehen waren, da sie zu diesem Zeitpunkt weder in Deutschland noch im Ausland einen Markt hatten. Bei sämtlichen Werten handelt es sich um Jahrzehnten nicht bediente ausländische Staatsanleihen.

Wir empfehlen uns Ihnen

hochachtungsvoll  
BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT  
gez. 2 Unterschriften



Flat 1,  
Hollybush House,  
Hadley Green,  
Barnet,  
Herts.  
England.

2nd December, 1956.

Dr. H. Gilbert,  
67/89 Dartmouth Street,  
Forest Hills 75,  
N.Y.  
U.S.A.

Dear Dr. Gilbert,

I have been advised by Dr. L. Ruge in Berlin that in order to complete our claims for Restitution of my mother's property, a witnessed affidavit from your goodself would be required which should state that my mother, Frau Edith Oppenheim, was employed by Gebrüder Ginsberg from.... to....., and that her income at the time of the firms liquidation was approx..... RM. per month.

As you may possibly know, our mother died in the Auschwitz Concentration Camp in 1944, after living underground for almost 4 years.

My sister, now married and with 3 children, and I, now also married and with a boy of about a year, have various claims for Restitution and these are being looked after by Dr. Ruge, who was kind enough to give me your address with the suggestion that I should request the above affidavit from you. I might add that my name used to be Werner Oppenheim, which I changed during the war.

I hope you and your family are well, and look forward to hearing from you shortly.

Yours faithfully,

R. M. King.

**Dr. LUWIG RUGE**  
RECHTSANWALT U. NOTAR  
REGIOTENBURG 2, CARMERSTR. 13  
BERLIN-WEST TELEFON: 32 18 22  
DEUTSCHES KONTO: BERLIN-WEST 111 85

B.

22. November 1956.-

Herrn

R. M. King,

Flat 1,  
Hollybush,  
Hadley Green,

Barnet, Herts. /England.-

Sehr geehrter Herr King !

In Bestätigung Ihres Briefes vom 17. ds. Mts. wegen des Schadens im wirtschaftlichen Fortkommen nach Ihrer Mutter empfehle ich Ihnen, sich von Herrn Dr. Herbert Ginsberg - jetzt Gilbert- in Forest Hills 75, N.Y./USA., 67 - 89 Dartmouth Street, eine eidesstattliche Versicherung geben zu lassen. Die Finanzakten wurden durch Bomben zerstört.

Zur Anmeldung des Schadens an Freiheit (Judenstern und Internierung) bitte ich um Beweisunterlagen oder eidesstattliche Versicherung.

Mit bestem Gruss

Ihr

gez. Ruge

Rechtsanwalt.

# BERLINER DISCONTO BANK

AKTIENGESellschaft

Gruppe DEUTSCHE BANK



Frau  
Eva Emmy Gillatt

77, Barlow Road  
Levenshulme  
Manchester 19  
England

TELEFON: 24 00 18  
FERNSCHREIBER: 018 3713  
Einkaufsverkehr: 018 5272  
Devisenverkehr: 018 5231  
TELEGRAMMADRESSE: Discobank  
POSTScheckkonto: Berlin-West 376 80  
Postfach 42  
Bau Postamt: Berlin SW 11  
BERLINER ZENTRALBANK: Girokonto 1/7

Bei Beantwortung bitte angeben

Ihre Nachricht vom

Ihre Zeichen

BERLIN W 35, Potsdamer Straße 140

Ausl. Abt. 9/79047 wt

9. Oktober 1957

Auf Veranlassung des Entschädigungsamtes Berlin,  
Berlin W 35, Potsdamer Str. 186,  
haben wir laut beiliegender Gutschriftsaufgabe über

DM 5.100,--

ein liberalisiertes Kapitalkonto für

Ungeteilte Erbengemeinschaft nach Edith Oppenheim

in unseren Büchern unter der Nummer 79047 eröffnet.

Guthaben auf diesem Konto können, sofern die jeweils geforderten Voraussetzungen erfüllt sind, ohne besondere Genehmigung unserer Devisenbehörde für Zahlungen innerhalb Westberlins und Westdeutschlands verwendet werden, z.B. zur Bezahlung von Reise- und Lebenshaltungskosten in Westberlin und der Bundesrepublik, Unterstützungszahlungen, Schenkungen, Zahlungen von Steuern, Gebühren und Kosten, auch für Gräberunterhaltung und in gewissen Fällen für Versicherungsprämien. Unsere Devisenbestimmungen gestatten es uns jedoch nur dann, solche Zahlungen auszuführen, wenn in dem uns erteilten Auftrag der Zahlungszweck genau angegeben ist. Wir bitten, dies freundlichst zu berücksichtigen. Die Verwendung von liberalisierter Kapitalmark ist ferner zulässig für Anlagezwecke, beispielsweise Ankauf deutscher Wertpapiere, Erwerb von Grundstücken, Errichtung oder Wiederherstellung von Bauten auf eigenen Grundstücken, Gewährung von Darlehen, Beteiligungen.

Auch Überträge auf ein gleiches Konto eines anderen Devisenausländers sind gestattet. Ferner ist die Übertragung des Gesamtguthabens oder auch von Teilbeträgen auf ein beschränkt konvertierbares DM-Konto zulässig, zu dessen Lasten auch Warenlieferungen bezahlt werden können, es sei denn, der deutsche Lieferant hat Anspruch auf Zahlung in frei konvertierbarer Währung (freie US\$, canad. \$ und freie Schweizer Franken). Eine Übertragung oder Rückübertragung von Guthaben auf beschränkt konvertierbaren DM-Konten auf liberalisierte Kapitalkonten ist jedoch nicht erlaubt.

Sowohl liberalisierte Kapitalkonten als auch beschränkt konvertierbare DM-Konten werden aufgrund der derzeitigen Devisenbestimmungen zinslos geführt.

Anlage



- 2 -

Dr. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT U. NOTAR  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, CARMERSTR. 13  
TELEFON N. 12 48 22  
POSTKASSE 10011111111111111111

B.

11. Dezember 1957.

Herrn

R.M. King,

9, Broadgates Avenue,  
Hadley Wood,

Barnet, Herts. /England.-  
-----

Sehr geehrter Herr King !

In Ihren Rückerstattungsachen nach Ihrer Mutter ./ Deutsches Reich habe ich auf Grund der geschlossenen Vergleiche um Einleitung des Befriedigungsverfahrens nach den Bestimmungen des Bundesrückerstattungsgesetzes gebeten und erhalte nunmehr für Sie und Ihre Schwester die hier beigelegten Fragebogen, die ich anhand der Akten ergänzt habe. Ich bitte, mir die Fragebogen nach unterschriftlicher Vollziehung durch Sie und Ihre Schwester wieder zukommen zu lassen.  
Bezüglich Ziffer 10) bitte ich um Prüfung und gegebenenfalls Berichtigung.

Mit bestem Gruss

Ihr

gez. Ruge

Rechtsanwalt

Copy.

Sehr geehrter Herr King !

In der Entschädigungssache teile ich Ihnen noch mit, dass sich inzwischen eine Akte gefunden hat, die sich auf die letzte Vermögensablieferung Ihrer Mutter bezieht. Aus ihr ( der Akte) ergibt sich, dass sie zuletzt hier in Berlin W 62, Wornser Strasse 8, vorn I. bei Arnold Meyer gewohnt hat und zwar zusammen mit einer Tante Rosa Oppenheimer in einem Zimmer, dessen Einrichtung Ihrer Mutter gehörte. Diese Einrichtung wurde laut Anzeige in den Akten vom 24.1.1944 im November 1943 aus der Wohnung entfernt und von einem Gerichtsvollzieher taxiert. Diese Taxe läuft mit einem Betrag von 365,- RM aus. Ausserdem wurden zwei Beträge für Arbeiterlöhne abgeliefert, und zwar in Höhe von 37,02 und 1,21 RM. Nach der von Ihrer Mutter selbst unterschriebenen Erklärung vom 27.2.43 arbeitete sie damals bei einer Firma Pertrix in Berlin-Schoeneweide für einen Lohn von 40,-RM für 14 Tage.

Herewith my reply to the letter  
you have ~~been~~ previously seen.

I am also returning the letter  
from Haushalter. I think that  
this Rosa O., who was mentioned  
before is a glorious mix-up, and was  
a mix-up previously. Let us see what  
Uncle Michel has to say.

will write in a  
day or two.

Herrn Dr. L. Ruge,  
Berlin - Charlottenburg, 2.  
Carmer Strasse 13.

9 Broadgates Avenue,  
Hadley Wood,  
Barnet,  
Herts.  
England.

19. Januar, 1958.

Love Betty.

Sehr geehrter Herr Dr. Ruge,

Ich danke Ihnen für Ihre Briefe vom 20. und 23. Dezember.

Mit Bezug auf Ihren Brief vom 23. Dez. möchte ich Ihnen  
mitteilen, dass wir persönlich eine Tante Rosa Oppenheim nicht bekannt  
ist, und ich habe auch einige Bekannten hier gefragt, die sich auch  
nicht an diese Tante erinnern können. Um ganz sicher zu sein, habe ich  
auch an einen Onkel in Mainz geschrieben, habe aber bis jetzt noch nicht von  
ihm gehört.

Da unsere Mutter aber scheinbar in jedem Fall die Wohnung in der  
Landshuterstrasse bis zum Ende hatte, sollten wir nicht vielleicht deren  
Verlust beantragen, und dann möglicher Weise den Antrag für die Zimmer-  
durchrichtung in der Wörmer Strasse zurückziehen?

Uns fehlen auch alle Unterlagen für einen Antrag wegen der  
Judenvermögensabgabe. Von Ihrem Brief nehme ich an, dass eine Vermögens-  
aufstellung von 1938 nicht in den Akten des O.F.Präs. oder der Steuer  
Behörde zu finden ist. Meinen Sie nicht, dass die von Ihnen genannte  
Ziffer von RM. 5.940, 81 nicht viel zu gering ist, da sie auf Guthaben  
von 1943/4 basiert ist, und die Guthaben doch bestimmt 5 Jahre vorher  
viel höher waren. Ausserdem, sollten nicht die Wertpapiere, Lebens-  
versicherung usw zu dem Vermögen zugerechnet werden. Trotzdem die Wert-  
papiere jetzt, und möglicher Weise seit dem Krieg non-valours sind, dürfte  
man nicht mit ziemlicher Sicherheit annehmen, dass sie in 1938 nicht  
wertlos waren, und ganz besonders nicht die Österreichischen Papiere.  
D unsere Mutter bei einer Bank gearbeitet hat, wäre ich sehr überrascht

wenn alle ihre Wertpapiere auch in 1938 wertlos gewesen sind, besonders weil sie gerne mit Papieren spekulierte. In 1952 gaben Sie die Effekten mit ca RM. 50.000 an.

Da die Lebensversicherung zwangsweise an die Versicherungsgesellschaft zurück ging, sollte man doch wohl dafür auch eine Entschädigung erhalten?

Für Ihre freundlichen Wünsche für meine Frau danke ich Ihnen vielmals, am 5. Januar bekamen wir unser zweites Männchen, und es geht beiden sehr gut.

Mit besten Grüßen,

Lgr

E. M. King.

23. Dezember 1957

Herrn

R. M. King,

9 Broadgates Avenue,  
Hadley Wood,  
Barnet, Herts./England.-

Sehr geehrter Herr King!

Auf Ihren Brief vom 17. d. Mts. bemerke ich Ihnen, dass die Wohnung Wormser Strasse 8 in einer Akte des O.F.Präs. erwähnt wird, die unter der Nummer O 5205 - 45/27357 geführt wird und mir zufällig bekannt geworden war. Ich füge eine Abschrift der daraus gemachten Notizen hier bei. Es ist durchaus möglich, dass es sich bei der Frau Edith Oppenheim, deren Angelegenheit in dieser Akte behandelt wird, um eine andere Frau Oppenheim handelt als Ihre Mutter, deren Angelegenheit in der Akte des O.F. Präs. O.5205 - 61/36 749 behandelt wird. Jedoch kann ich nichts darüber feststellen, ob es sich um zwei verschiedene Persönlichkeiten gehandelt hat, und deswegen habe ich auch den Verlust der Zimmereinrichtung angemeldet.

Die Judenvermögensabgabe ist bisher noch nicht beim Entschädigungsamt angemeldet worden, was noch bis zum 31. März 1958 nachgeholt werden kann. Mir fehlen alle Unterlagen dafür, dass Ihre Mutter diese Abgabe gezahlt hat. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass das auf jeden Fall geschehen sein muss, weil Ihre Mutter ja Vermögen bei der Deutschen Bank und beim Beamtenversicherungsverein gehabt hat, wegen dessen sie zu der Abgabe herangezogen worden sein dürfte. Die Abgabe wurde zunächst in Höhe von 20 %, zahlbar in 4 Raten, und dann mit einer 5. Rate, also insgesamt mit 25 % des Vermögens erhoben. Sie war zwischen dem 15. Dezember 1938 und 15. November 1939 zu entrichten. Wenn man die Angaben in den Akten des O.F.Präs. zugrunde legt, dann hatte Ihre Mutter zuletzt vor ihrem Verschwinden im Jahre 1943 und ihrem Abtransport am 12.7.1944 noch ein Vermögen von RM 17.822,44, das sich zusammensetzte aus folgenden 3 Posten:

RM 721,16 - Guthaben bei der Dt. Bank- 52 WGA 219,55  
RM 11.953,88 - Guthaben beim Beamtenversicherungsverein-  
52 WGA 211,55  
RM 5.147,40 - Guthaben bei der Dt. Bank- 5 WGA 3173,50

Da die Abgabe vorher gezahlt worden sein muss, errechnet sich ihr früheres Vermögen auf RM 23.763,25 und die Abgabe auf RM 5.940,81. Wenn Sie nicht andere Grundlagen für die Berechnung des Vermögens haben, werde ich die Abgabe in dieser Höhe anmelden.

Sobald ich den auch von Ihrer Schwester ausgefüllten Fragebogen erhalten habe, reiche ich beide Fragebogen ein. Ich bemerke dazu, dass ich unter Ziffer 8 den Schaden im beruflichen Fortkommen eingesetzt hatte, worunter der Verlust des Einkommens Ihrer Mutter zu verstehen ist.

Ihre freundlichen Wünsche zum Jahreswechsel erwidere ich herzlich und wünsche insbesondere Ihrer Frau alles Gute zu der in diesen Tagen erwarteten Ankunft Ihres zweiten Kindes.

Freundschaftlich Ihr



V e r m e r k . -

Die Akte des früheren O.F.Präs. O.5205-45/27357 enthält folgende Angaben:

Edith Oppenheim, Berlin W 62, Wormserstr.8 b./Arnold Meyer.

Vermögenserklärung Edith Oppenheim vom 27.2.1943.

Arbeiterin bei Pertrix in Berlin-Schöneeweide  
Lohn 40,- RM für 14 Tage.

1 Zimmer mit Möbeln mit einer Tante zusammen Rosa O.

Blatt 12 RM 37,62 Einzahlung von Alfred Teres GmbH.  
Wittenau, Hermannsdorferstr. - beschlagnahmt 2.3.43.

Blatt 13 Anzeige Magistrat vom 24.1.44, dass Räumung im  
November 1943 erfolgt sei. Dazu

Inventar:

|  |       |
|--|-------|
| 2 Betten mit Matratzen u. 1 Nachttisch   | 40,-  |
| 2 Unter-u.2 Oberbetten, 5 Kissen   | 100,- |
| 2 Kleiderschränke  | 50,-  |
| 1 Wäscheschrank  | 15,-  |
| 1 Schreibsekretär  | 15,-  |
| 1 Chaiselongue mit Decke u. 3 Kissen   | 30,-  |
| 2 rd.Tische, 1 Wäschetruhe, 1 Brotkasten   | 15,-  |
| 2 Schuhschränke, 1 Regulator   | 15,-  |
| 1 Nähmaschine Valencia   | 20,-  |
| 5 Stühle, 2 Sessel   | 10,-  |
| 2 Stores und Übergardinen  | 25,-  |
| Garderobe, Wäsche, Küchenschrank, }<br>Anrichte, 1 Stuhl, 1 Tisch }<br>Geschirr u. Töpfe } | 50,-  |

---

365,-.

Schätzung des Gerichtsvollziehers Fritz Gaunsiegel,  
Berlin SW 29, Mittelwalderstr.41, IV.

RM 1,21 Lohn von Pertrix beschlagnahmt am 12.5.43.

Berlin, den 23.12.1957  
Dr. Ruge/H.

DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FERNRUF 32 48 23

POSTSHECKKONTO: BERLIN-WEST 111 85

BANKKONTO:

BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT  
BERLIN W 15, UHLANDSTRASSE 165/169

BÜROZEIT:

9 - 16 UHR, SONNABENDS 9 - 13 UHR

B. BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, DEN 21. Januar 1958.-  
CARMERSTRASSE 13 I  
(NAHE STEINPLATZ, ZOO UND SAVIGNYPLATZ)

Vorläufige Kostenrechnung

in den Rückerstattungssachen und in der Entschädigungssache  
der ungeteilten Erbengemeinschaft nach Frau Edith Oppenheim  
geb. Salomonsohn;

Erben: Frau Eva Emmy Gillatt geb. Oppenheim, Manchester/England,  
Herr Ronald Michael King, Barnet, Herts./England.-

1) Rückerstattungssache 5 WGA 3172,50(150 WGK 84,55):

Wert : 300,-- DM.

Verfahrensgebühr ( 1 Gebühr nach RAGO) ..... 15,-- DM  
Verhandlungsgebühr ( 1 Gebühr " " ) ..... 15,-- "

2) Rückerstattungssache 5 WGA 3173,50(150 WGK 132,53):

~~Wert : 514,70 DM~~ (Vergleich vom 3.2.1956).

Verfahrensgebühr ( 1 Gebühr nach RAGO) ..... 34,80 "  
Vergleichsgebühr ( 1 " " " ) ..... 34,80 "

3) Rückerstattungssache 5 WGA 3174,50:

Wert : 8.000,-- DM (Vergleich vom 25.10.1955).

Verfahrensgebühr ( 1 Gebühr nach RAGO) ..... 231,30 "  
Vergleichsgebühr ( 1 Gebühr " " ) ..... 231,30 "

4) Rückerstattungssache 52 WGA 211 und 219,55 :

Wert : 1.267,50 DM (Vergleich vom 25.10.1955).

Verfahrensgebühr ( 1 Gebühr nach RAGO) ..... 67,50 "  
Vergleichsgebühr ( 1 Gebühr " " ) ..... 67,50 "

5) Entschädigungssache Register-Nr.: 70 868 (Berlin):

Wert : 5.100,-- DM (Bescheid v. 4.10.1957

..... betr. Freiheitsschaden).

Verfahrensgebühr ( 1 Gebühr nach RAGO) ..... 183,80 "

Portoauslagen 1.1.1956 - 31.12.1957 ..... 9,50 "

Umsatzsteuer 4 % ..... 35,62 "

926,12 DM.

Berlin, den 21. Januar 1958.

Rechtsanwalt.

*Wm*  
P.T.O.

Items 1 to 4, for which we seem to await payment  
more or less any time, amount to DM. 10,000 approx.  
(roughly £950 together)

In addition, there are the education claims  
of DM. 5000 each and further "Schaden an  
~~Wirtschaftlichen~~ Wirtschaftlichen Fortkommen between 1938  
and 1944, roughly DM. 5000 at least.

Unless I am wrong, this represents our major  
claims, and it seems that altogether we  
can expect very approx. £1200 ~~val.~~, or  
a shade less.

DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FERNRUF 39 48 23

POSTSHECKKONTO: BERLIN-WEST 111 85

BANKKONTO:

BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT  
BERLIN W 15, UHLANDSTRASSE 105/106

BÜROZEIT:

9-10 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

Luftpost

H.

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, DEN 3. Februar 1958.  
CARMERSTRASSE 131  
(NAHE STEINPLATZ, 200 UND RAVENHOFPLATZ)

Herrn

Dr. Kurt Schachnow,  
77, Fitzroy Street,  
Melbourne - St. Kilda,  
Victoria / Australien.-

Herrn

R. M. King,  
9 Broadgates Avenue,  
Hadley Wood,  
Barnet, Herts. / England.-

Frau

Eva Gillatt,  
77, Barlow Road, Levenshulme,  
Manchester 19 / England.-

Betrifft: Depot Anna Schachnow Nachlass - Nr. 798530 -  
Konto Anna Schachnow Nachlass - Nr. 798530/006 -  
bei der Bank für Handel und Industrie AG.,

---

Sehr geehrte Frau Gillatt!

In vorstehender Angelegenheit teile ich Ihnen mit, dass  
sich per 31.12.1957 im Depot


DM 1.500.- 4 % Industriekreditbank  
Ablösungsanleihe von 54 J/J -275001-

befanden.

Das Guthaben auf dem Konto betrug zum gleichen Stichtag  
DM 279,-.

Mit bestem Gruss

Ihr

  
Rechtsanwalt.

9 Broadgates Avenue,  
Hadley Wood,  
Barnet,  
Herts.  
England.

10. Februar, 1958.

Herrn Dr. L. Ruge,  
Berlin - Charlottenburg, 2.  
Garner Strasse 13.

Sehr geehrter Herr Dr. Ruge,

Ich danke Ihnen für Ihre Schreiben vom 21. und 25. Januar,  
und 3. Februar.

Bezüglich Ihres Briefes vom 25. Januar möchte ich Ihnen  
mitteilen, dass wir Ihnen gerne eine sidestattliche Versicherung  
über den Hausrat in der Landshuter Strasse geben können, aber durch  
unsere Auswanderung wissen wir nur die Möbel usw. die an dem Tage  
dort waren. Ob nach unserer Auswanderung etwas verkauft oder  
beschlagenhet wurde, können wir leider nicht angeben, trotzdem ich  
glaube, dass aller Hausrat von Verschleppten Juden beschlagenhet wurde,  
also doch wohl auch der von unserer Mutter. Würde es Ihnen helfen, wenn  
wir Sie mit unseren früheren Dienstmädchen in Verbindung setzen, die  
kurz bevor unsere Mutter Berlin verliess sie noch besucht hatte, und sich  
ganz sicher auf die Möbel usw. erinnern kann.

Wie ich schon vor kurzer Zeit schrieb, habe ich keine Unter-  
lagen über das Vermögen unserer Mutter. Allerdings kann ich mich noch  
erinnern, dass ich in 1938 eine Steuer Erklärung gesehen habe, und mir  
die Ziffer RM.-50.000 in Erinnerung geblieben ist. Da ich mich leicht  
damit irren konnte, habe ich einen sehr guten Bekannten, der der beste  
Freund unserer Mutter war gefragt, und dieser Herr erinnert sich, dass  
meine Mutter immer sehr stolz darüber war, dass sie ihr Vermögen ganz  
durch die Inflation brachte. Dieser Herr hat sich auch auf ca. 50.000 RM  
erinnert, und ist gerne bereit, diese Summe zu bestätigen. Ich möchte  
noch sagen, dass dieser Herr jetzt einer der Direktoren bei den Londoner  
Wiedergutmachungskamt ist, und selbstverständlich nicht leichtsinnig  
diese Summe angeben würde. Dieser Herr meint auch, dass einige Wert-

papiere der Mutter zweifellos wertlos waren, aber es nicht anzunehmen ist, dass sie nur wertlose Papiere gekauft hat, was durch ihre Arbeit bei der Bank ja auch bestimmt nicht anzunehmen war. Aber Unterlagen auf den wir einen Antrag stellen könnten haben wir leider nicht, und Sie haben wohl sicher schon den Treuhänder gefragt?

Mit Bezug auf die Kostenrechnung möchte ich Ihnen mitteilen, dass durch engl. Bankengesetze es uns nicht erlaubt ist, deutsches und anderes ausländische Geld zu halten. Deshalb haben wir fast das ganze Guthaben transferiert, und nur etwas dort gelassen, gerade um das Konto offen zu halten. Darum müssten wir jetzt bei der Bank of England Antrag stellen, um Ihnen diese Summe zu überweisen, aber da im Moment der Kurs so schlecht ist, würde es ziemlich teuer kommen. Darum wollte ich Sie fragen, ob Sie möglicher Weise warten könnten, bis meine Schwester oder ich die nächste Zahlung bekommen, und wir es Ihnen dann sofort von der Disconto Bank überweisen. Ich würde Sie aber doch aufmerksam darüber machen, dass wir selbstverständlich diesen Antrag sofort stellen würden, wenn Sie diese Rechnung jetzt bezahlt haben wollten, und ich habe das obige nur geschrieben in Falle es Ihnen recht ist, bis auf die nächste Zahlung zu warten, die hoffentlich recht bald eintrifft.

Mit besten Grüßen,

Ihr

A. L. King.

Abschrift /B.-

Ausfertigung.

B e s c h l u s s

In der Rückerstattungsache

1. des Dr. Ing. Kurt S c h a c h n o w ,  
77 Fitzroy Street, Melbourne - St.Kilda/Victoria(Australien),
2. der Frau Eva G i l l a t t geb. Oppenheim,  
77, Baröpw Road, Manchester 19 /England,
3. des technischen Vertreters Ronald-Michael K i n g ,  
( früher Werner Oppenheim)  
Flat 1, Hollybush, Hadley Green , Barnet, Herts/England,

Antragsteller.

- Verfahrensbevollmächtigter :  
Rechtsanwalt Dr. Ludwig Ruge, Berlin - Charlottenburg,  
Carmerstrasse 13 -

g e g e n

das D e u t s c h e R e i c h ,  
vertreten durch den Bundesminister der Finanzen,  
dieser in Berlin vertreten durch den Senator für Finanzen,  
Sondervermögens- und Bauverwaltung,  
Berlin - Charlottenburg 2, Fasanenstrasse 87,

Antragsgegner.

hat die 142. Zivilkammer (Wiedergutmachungskammer ) des  
Landgerichts Berlin auf die mündliche Verhandlung vom  
20. Februar 1958 durch

die Landgerichtsdirektorin Dr. Schneyder  
als Vorsitzende,  
und die Landgerichtsräte Riechert und Kluger  
als beisitzende Richter,

b e s c h l o s s e n :

1. Der Antragsgegner wird verurteilt, an die Antragsteller  
in ungeteilter Erbengemeinschaft unter Beachtung der  
Devisenvorschriften 5.468,28 (i.B.: fünftausendvierhundert-  
achtundsechzig 28/100) Deutsche Mark nach Massgabe des  
Bundesrückerstattungsgesetzes zu zahlen.
2. Die Entscheidung ergeht gebühren frei.  
Aussergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

G r ü n d e :

Die Antragsteller sind ausweislich des Erbscheins des Amtsgerichts  
Charlottenburg vom 20.10.1950 - 29 VI 668,50 - (vgl. Bl. 23 der  
Akte 4 WGA 338.50) <sup>die</sup> Erben der russisch verfolgt gewesenen Anna  
Schachnow geb. Haymann, die ihren letzten Wohnsitz in Berlin W 50,  
Ansbacherstrasse 8a, hatte. Sie machen im vorliegenden Rückerstat-  
tungsverfahren Schadensersatzansprüche wegen Wertpapiere geltend,

die

Original Kurz: 2734,14 DM.

Each of us: 1367,7 DM

(about £110)



die ihre Erblasserin bei der Dresdner Bank deponiert hatte und die zur Leistung der Judenvermögensabgabe an die Preussische Staatsbank ausgeliefert worden sind.

Die Antragsteller beantragen,

das Deutsche Reich zum Schadensersatz wegen folgender zur Begleichung der Judenvermögensabgabe aus dem Depot der Frau Anna Schachnow abgelieferten Wertpapiere zu verurteilen:

RM 300-4 1/2 % Preuss. Pfandbriefbank Pfandbriefe  
 RM 1.000,- I.G. Farben Aktien  
 RM 200,- dergl. Aktien  
 RM 2.400,- Aktien der Deutschen Centralbodencreditanst.  
 RM 600,- dergl. Aktien.

Der Antragsgegner hat noch keinen abschliessenden Antrag gestellt.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Schriftsätze der Parteien, insbesondere auf den von den Antragstellern mit Schriftsatz vom 20.12.1957 überreichten Depotauszug der Dresdner Bank vom 23. November 1957 (Bl. 54 d. A.) Bezug genommen.

Die Akten des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg - O 5205 XXIII/11951 - sowie die Akten 4 WGA 338.50, 5 WGA 3411.50 und 5 WGA 463.50 lagen vor und waren Gegenstand der mündlichen Verhandlung.

Der Anspruch ist begründet.

Die Erblasserin der Antragsteller gehörte der Gruppe der russisch Verfolgten (Art. 1 REAO) an. Die Ablieferung der streitigen Wertpapiere an die Preussische Staatsbank zur Begleichung der Sühneleistung steht auf Grund des von den Antragstellern mit Schriftsatz vom 20.12.1957 überreichten Depotauszuges der Dresdner Bank fest. Sämtliche Voraussetzungen der BK/O (54) 15 vom 15.11.1954 sind erfüllt.

Der vom Deutschen Reich zu leistende Schadensersatz errechnet sich wie folgt :

|   |                          |
|---|--------------------------|
| 1. RM 300,-- 4 1/2 % Preuss. Pfandbriefbank |                          |
| Pfandbr.                                    | 30,-- DM                 |
| + Altsparementschädigung                    | 30,-- "                  |
| + 25 % Zinsen                               | 7,50 "                   |
| 2. RM 1.200,-- I.G. Farben Aktien           |                          |
| (Kurs 284,50 )                              | 3.414,-- "               |
| + 10 % Zinsen                               | 341,40 "                 |
| 3. RM 3.000,-- Deutsche Centralbod. Cred.   |                          |
| Aktien ( Kurs 49,86)                        | 1.495,80 "               |
| + 10 % Zinsen                               | 149,58 "                 |
|   | <hr/> 5.468,28 DM. <hr/> |



Die Zahlung dieses Schadensersatzbetrages erfolgt nach Massgabe der §§ 31 ff Bundesrückerstattungsgesetz. Da die Antragsteller Devisenausländer sind, sind bei der Zahlung die Devisenvorschriften zu beachten.

Die Kostenentscheidung folgt aus Art. 65 REAO in Verbindung mit der Kostenanordnung der BK/O (54) 8 vom 15.6.1954.

gez. Dr. Schneyder    Kluger    Riechert

Ausgefertigt : / Beglaubigt :

L.S.            gez. Papke

Justizangestellte  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
des Landgerichts Berlin.

6 Broadgate Avenue,  
Hadley Wood,  
Barnet,  
Herts.,  
England.

8. März, 1950.

Herrn Dr. J. Ruge,  
Berlin - Charlottenburg, 2.  
Carmer Strasse 13.

Sehr geehrter Herr Dr. Ruge,

Ich habe heute einen Brief von der Barclays Bank, London, erhalten, indem mir mitgeteilt wurde, dass ein liberalisierter Kapital Betrag von ££. 320. 45 von der Bank für Handel & Industrie A.G. Berlin für mich angekommen ist, und diese Summe durch den Verkauf von Aktien meiner Grossmutter, Frau Anna Schuchnow zu Stande kam.

Leider weiss ich darüber gar nichts, und weiss auch nicht, ob dieser Betrag mit meinem Onkel in Australien und meiner Schwester zu teilen ist, und bitte Sie, mir bitte weiteres darüber mitzuteilen.

Die Bank teilt mir weiter mit, dass die folgenden Auskünfte nötig sind, um einen Antrag bei der Bank of England zu stellen, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir die nötigen Auskünfte geben würden.

Die Adresse und das Datum des Todes meiner Grossmutter, Auf wessen Anweisung diese Aktien verkauft wurden, Welche Aktien noch zu verkaufen sind, und wenn möglich den ungefähren Wert der noch zu verkaufenden Papiere.

Ausserhalb von der obigen Anfrage, bemerkte ich gerade, dass Sie uns am 1. Dez. 1950 eine Abschrift des Ehevertrages meiner Mutter überreicht haben, in demen verschiedene ausländ. Aktien angegeben wurde. Haben Sie vielleicht erfahren, ob meine Mutter diese Aktien verkauft hat, oder bestehen irgendwelche Unterlagen die Ablieferung an die Regierung während der Nazizeit beweisen?

Mit besten Grüessen,

Ihr

R. M. King.

(Dr. H. Ruge)  
Rechtsanwalt.

Dr. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT U. NOTAR  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, CARMERSTR. 131  
TELEFON: 32 48 22  
BOSCHENFONTEIN, BERLIN, WEST 111 85

H.

26. September 1958

Herrn

R.M. King,

9, Broadgates Avenue,  
Hadley Wood,

Barnet, Herts./England.-

Sehr geehrter Herr King!

In den Rückerstattungssachen Anna Schachnow Nachlass ./.. Deutsches Reich habe ich auf Grund der ergangenen Beschlüsse um Einleitung des Befriedigungsverfahrens nach den Bestimmungen des Bundesrück-  
// erstattungsgesetzes gebeten und erhalte nunmehr für Sie und Ihre Schwester die hier beigelegten Fragebogen, die ich anhand der Akten ergänzt habe. Ich bitte, mir die Fragebogen nach unterschriftlicher Vollziehung durch Sie und Ihre Schwester wieder zukommen zu lassen.

Mit bestem Gruss

für Rechtsanwalt Dr. Ludwig Ruge:

(Dr.H.Ruge)  
Rechtsanwalt.

30th Sept. 1958.

You have probably also had a letter from Tante Vera, telling us about Onkel Kurt's death on 4th Sept. In case her letter to you has not reached you yet, he seemed to have suddenly had a "Darmverschlingung", which required an immediate operation. Although he lived for four days thereafter, he was too weak to regain strength, and died four days after this operation. Because of his grave illness, maybe this was the best way out for him. No doubt you will also want to write to Tante Vera. I already wrote to her last night.

Nothing has been going on here since I spoke to you, we are looking forward to seeing you as soon as you can make it, for as long as you like, and hope to hear from you soon about it. Do come soon, the children are very sweet, and when you are an old lady and they are married you can tell them what they were like as toddlers. By then, we are certain to be round the bend!

always



DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FERNRUF 32 48 22

POSTCHECKKONTO: BERLIN-WEST 111 86

BANKKONTO:

BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT

BERLIN W 15, UHLANDSTRASSE 18a/18b

BÜROZEIT:

9-16 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, DEN 20. November 1959.  
CAHNERSTRASSE 131  
(NAHE STEINPLATZ, ZOO UND SAVIGNYPLATZ)

Frau

Vera Schachnow,  
o/c. Herrr Henry Sanders,  
Post Office Box 145,  
Albury, N.S.W./Australien;

Frau

Eva E. Gillatt,  
67 Broadlea Road, Burnage,  
Manchester 19/England;

Herrn

Ronald Michael King,  
9, Broadgates Avenue, Hadley Wood,  
Barnet, Herts./England.-


Sehr geehrter Herr King !

In Ihrer Entschädigungssache nach Frau Anna Schachnow  
geb. Haymann - Register-Nr.: 72 340 - Überreiche ich Ihnen  
/ in der Anlage in Ausfertigung den mir am 16. ds.Mts. zugestell-  
ten Bescheid des Entschädigungsamtes Berlin vom 13. November  
1959 betr. Freiheitsschaden. Vorsorglich mache ich Sie darauf  
aufmerksam, dass die Frist zur Erhebung einer Klage gegen die-  
sen Bescheid am 16. Mai 1960 abläuft.

Der Entschädigungsbetrag von DM 5.850,- ist lt. Gutschrifts-  
anzeige der Bank für Handel und Industrie A.G. bereits am  
17. ds.Mts. auf dem Konto Nr. 798530 - Anna Schachnow Nachlass-  
eingegangen, das nunmehr ein Gesamtguthaben von DM 5.911,-  
aufweist.

Mit bestem Gruss

Ihr

  
Rechtsanwalt.

**Entschädigungsamt Berlin**

GeschZ.: III J 33

Reg.Nr.: 72 340

Berlin W 35, den 11. NOV. 1958

Potsdamer Str.192 . Zimmer: 515

Fernruf: 71 05 11      Apparat: 515

**Sprechzeit:** Dienstag von 8.30 bis 14 Uhr

Mit Postzust.-Urk. — ~~XXXXXXXXXXXX~~

Herrn/~~EXX~~

Rechtsanwalt

Dr. Ludwig R u g e

Blm.-Wilmerdorf

Ruhrstr. 1 - 2

0016K ZUS KPH6 VMDLX:X

HM 94-7027 JKX

## Bescheid

Über den Entschädigungsantrag vom 18. Juni

195 7 wegen Schadens an Freiheit.

Verfolgte(r):

Name: Schachnow, Anna

geb. Haymann

geboren am 13.9.1872

in Frankfurt/a.M.

wohnhaft in - - -

~~Versteht man~~ mit dem 31. Dez. 1944

~~HK~~ für tot erklärt.

**Erbe (Erbengemeinschaft):**

- 1) Sohn: Dr. Ing. Kurt Julius Victor Schachnow, verst. 4. Sept. 1958
- 2) Enkel: Eva Emma Gillat, geb. Oppenheim  
77 Barlow Road, Levenshulme, Manchester 19/ England
- 3) Enkel: Werner Oppenheim, jetzt Ronald Michael King,  
17 Dunollie Road, Sate Moor, Cheshire/ England

Alleinerbin nach Kurt J.V. Schachnow :

Ww. Fr. Vera Philippine Schachnow, 77 Fitzroy Street, St.Kilda/Vict.  
Australia

(Bevollmächtigter bzw. Zustellungsbevollmächtigter siehe oben)

wird nach §§ 43 bis 50 des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 559 / GVBl. S. 764) ~~in Verbindung mit dem Bundesgesetz~~  
~~zur Entschädigung der Opfer der Nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesgesetz vom 29. Juni 1956)~~  
 und den dazu ergangenen Änderungsgesetzen wie folgt entschieden:

- I. Dem (Der) Antragsteller(in) wird eine Geldentschädigung in Höhe von brutto 5.850,- --- DM  
(I.B.: Fünftausendachthundertfünfzig --- DM) gewährt.
- II. Im Zuge der Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung bewirkten Leistungen werden nach § 10 BEG auf die Entschädigungsleistung angerechnet.
- III. ~~Der/die/das/die/r Antragsteller/in ist/sind/sind nicht berechtigt/sind zu einer weiteren Entschädigung~~
- IV. Der Widerruf dieses Bescheides und die Rückforderung von bewirkten Entschädigungsleistungen bleiben für den Fall vorbehalten, daß sich die Erbberechtigung anderer Personen allein oder neben dem (den) Antragsteller(n) ergibt.
- V. Die Entscheidung ergeht gebührenfrei.

1. Die Entschädigung für die Freiheitsentziehung bzw. Freiheitsbeschränkung war auf Grund der vorliegenden Unterlagen wie folgt festzusetzen:

| Freiheitsentziehung<br>bzw. -beschränkung | vom           | bis            | volle<br>Monate | Tage | Entschädigung nach |        |
|---|---------------|----------------|-----------------|------|--------------------|--------|
|   |               |                |                 |      | BEG                | BerIEG |
| Sterntragen und<br>Deportation            | 19.9.<br>1941 | 31.12.<br>1944 | 39              | 11   |                    |        |
|   |               |                | 39              | 11   | 5.850,--           | ---    |

Всех работников, занятых в производстве, необходимо обеспечить средствами индивидуальной защиты, а также организовать обучение и инструктаж по технике безопасности.

2. Die Entschädigung beträgt nach Ziff. 1 brutto  
Hierauf waren anzurechnen:

|     |          |
|-----|----------|
| DM  | 5.850,-- |
| -0- | 5.850,-- |

Die Geldentschädigung beträgt netto

3. Dieser Betrag wird ~~unverzüglich~~ auf das uns mitgeteilte Konto des Antragstellers - ~~Präsidentin~~ Präsident ~~überwiesen werden.~~

## Rechtsmittel

Der (Die) Antragsteller(in) kann gegen das Land Berlin, vertreten durch den Senator für Inneres, dieser vertreten durch den Direktor des Entschädigungsamts, Klage erheben, soweit der Antrag abgelehnt worden ist.

Die Klage ist innerhalb einer Frist von 3 — sofern der (die) Kläger(in) im außereuropäischen Ausland wohnt, von 6 — Monaten seit der Zustellung dieses Bescheides beim Landgericht Berlin, Berlin SW 61, Alte Jakobstraße 148—155, einzureichen.

Die Klageschrift muß die Bezeichnung des Gerichts und der Parteien, die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs sowie einen bestimmten Antrag und die erforderlichen Beweismittel enthalten und von dem (der) Kläger(in) oder seinem (ihrem) Bevollmächtigten unterschrieben sein.

Die Klageschrift ist in doppelter Ausfertigung einzureichen.

Im Verfahren vor dem Landgericht besteht kein Anwaltszwang.

Die Klage kann auch zu Protokoll der Rechtsantragsstelle des Landgerichts erhoben werden.

Im Auftrage

Dr. Neuhäuser

Beglaubigt:

Kanzleiangeestellte



**Entschädigungsamt Berlin**

GeschZ.: III B 64 a

Reg.Nr.: 70 868

Berlin W 35, den 21. Dez. 1959

Potsdamer Str. 186, Zimmer: 340

Fernruf: 71 05 11, Apparat: 262

Sprechzeit: Dienstag von 8.30 bis 14 Uhr

Mit Postzust.-Urk. — ~~Empf.-Bekanntgabe~~ —Herrn ~~Dr.~~

Rechtsanwalt und Notar

Dr. Ludwig R u g e

Berlin-Charlottenburg 2Carmerstr. 13**Bescheid**

Über den Entschädigungsantrag vom 27. Juni 1957 wegen Schadens im beruflichen Fortkommen,

Verfolgte(r):

Name: O p p e n h e i m

geb. Salomonsohn,

Edith

geboren am 5. März 1894

in Hohensalza/Posen

wohnhaft in - - -

verstorben am 31. Juli 1944

festgestellter Todestag

Erbe (Erbengemeinschaft):

- 1) Eva G i l l a t t geb. Oppenheim, geb. am 21. Mai 1920 in Berlin  
wohnhaft: 77 Barlow Road, Levenshulme, Manchester 19/England
- 2) Ronald K i n g (fr. Oppenheim) geb. am 2. Dezember 1922 in Berlin  
wohnhaft: 9 Broadgates Ave., Hadley Wood, Barnet Herts, England

(Bevollmächtigter ~~bzw. Zustellungsbevollmächtigter~~ siehe oben)

wird nach §§ 65 ff. des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 559 / GVBl. S. 764) und der Dritten Verordnung zur Durchführung des BEG (3. DV-BEG) vom 20. März 1957 (BGBl. I S. 269 / GVBl. S. 349) wie folgt entschieden:

I. Der (Die) Verfolgte hat Anspruch auf eine Kapitalentschädigung in Höhe von brutto 5.025, -- DM  
(i. B.: Fünftausendfünfundzwanzig- - - - -)

II. Hierauf sind nach §§ 10, 170, 237 BEG die im Zuge der Entschädigung bereits bewirkten Leistungen anzurechnen.

IV. Der Widerruf dieses Bescheides und die Rückforderung von bewirkten Entschädigungsleistungen bleiben für den Fall vorbehalten, daß sich die Erbberechtigten anderer Personen allein oder neben dem (den) Antragsteller(n) ergibt.

Sachverhalt

Der (Die) Verfolgte war als Prokuristin

tätig.

Das Einkommen aus dieser Tätigkeit wurde nach den vorliegenden Angaben mit — etwa — 6.000, -- RM jährlich — monatlich — beziffert.

Der (Die) Verfolgte verlor sein (ihr) Einkommen aus Verfolgungsgründen.

Er (Sie) hat bis zum Jahre — — bis zu seinem (ihrem) Tode — keine Erwerbstätigkeit ausgeübt, die ihm (ihr) eine ausreichende Lebensgrundlage bot.



# Entscheidungsgründe

1. Die Voraussetzungen für die Gewährung einer Entschädigung nach §§ 65 ff. BEG sind erfüllt.

2. Die Schadenszeit begann am 1. Januar 1939 und endete wegen Ablebens

am 31. Juli 1944

~~Hier von war die Zeit von~~ ~~----- bis ----- als Zeit der Be-~~  
schränkung der Erwerbstätigkeit, die Zeit vom bis  
als Zeit der Verdrängung aus der Erwerbstätigkeit anzusehen.

Der (Die) Verfolgte hat vom 1. Juli 1948 an bis zum Ende des Entschädigungszeitraumes durch anderweitige  
Verwertung seiner (ihrer) Arbeitskraft ein Einkommen von — umgerechnet — DM erzielt.  
— Außerdem hat der (die) Verfolgte nach § 92 Abs. 3 BEG Leistungen in Höhe von RM/DM  
~~erzielt~~ ~~-----~~

3. Der (Die) Verfolgte war in die vergleichbare Beamtengruppe des gehobenen Dienstes  
einzureihen. — ~~Die Einreihung erfolgte gemäß § 104 Abs. 2 BEG durch Schätzung~~ ~~=====~~

4. Die Kapitalentschädigung war mithin nach § 76 — § 92 BEG und den Tabellensätzen der 3. DV-BEG wie  
folgt zu berechnen:

Alter bei Beginn der Schädigung (§ 76 Abs. 1 BEG) 44 Jahre.

Tabellensätze der 3. DV-BEG mit — ohne — Zuschlag gemäß § 76 Abs. 3 — § 92 Abs. 2\*) BEG

375,— RM/DM.

a) Beschränkungsschaden

b) Verdrängungsschaden

67 Monate à 375,— RM = 25.125,— RM

umgerechnet gemäß § 11 BEG .....

Monate à DM .....

zusammen

Einkommen durch anderweitige Verwertung der Arbeitskraft im Sinne des § 77 BEG — und  
Leistungen nach § 92 Abs. 3 BEG waren nicht anzurechnen — waren nur anzurechnen in

Höhe von .....

verbleiben — als Kapitalentschädigung — .....

Übertrag:

| DM      |
|---------|
| —0—     |
| 5.025,— |
| —0—     |
| 5.025,— |
| —0—     |
| 5.025,— |
| 5.025,— |

\*) Sollte bei unselbständig tätig Gewesenen der Nachweis erbracht werden, daß der (die) Verfolgte gemäß § 92 Abs. 2 BEG  
keinen Anspruch auf Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung hat, bleibt eine erneute Berechnung der Kapital-  
entschädigung vorbehalten.

5. Hierauf werden nach §§ 10, 170, 237 BEG angerechnet:

Übertrag:

|          |
|----------|
| DM       |
| 5.025,-- |

-0-

-0-

verbleiben:

|          |
|----------|
| 5.025,-- |
|----------|

aufgerundet:

|       |
|-------|
| -- -- |
|-------|

6. Von diesem Betrag werden bis zur Rechtskraft des nach

§ 14 BEG erteilten Bescheides einbehalten: .....

-0-

bleiben zu zahlen:

|          |
|----------|
| 5.025,-- |
|----------|

7. Dieser Betrag wird ~~durch die Post gezahlt~~ auf das dem Entschädigungsamt mitgeteilte Konto des Antragstellers ~~Bevollmächtigten~~ überwiesen.

8. Ein Rentenwahlrecht ist nicht gegeben, da der Verfolgte vor Inkrafttreten des Gesetzes verstorben ist.

9. ~~Die~~ Weitergehende Ansprüche waren zurückzuweisen.

10. ~~Die~~ Die Gebührenfreiheit beruht auf § 207 Abs.1 BEG.

#### Rechtsmittel

Der (Die) Antragsteller(in) kann gegen das Land Berlin, vertreten durch den Senator für Inneres, dieser vertreten durch den Direktor des Entschädigungsamts, Klage erheben, soweit der Antrag abgelehnt worden ist.

Die Klage ist innerhalb einer Frist von 3 — sofern der (die) Kläger(in) im außereuropäischen Ausland wohnt, von 6 — Monaten seit der Zustellung dieses Bescheides beim Landgericht Berlin, Berlin W 35, Am Karlsbad 6, einzureichen.

Die Klageschrift muß die Bezeichnung des Gerichts und der Parteien, die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs sowie einen bestimmten Antrag und die erforderlichen Beweismittel enthalten und von dem (der) Kläger(in) oder seinem (ihrem) Bevollmächtigten unterschrieben sein.

Die Klageschrift ist in doppelter Ausfertigung einzureichen.

Im Verfahren vor dem Landgericht besteht kein Anwaltszwang.

Die Klage kann auch zu Protokoll der Rechtsantragsstelle des Landgerichts erhoben werden.

Im Auftrage  
Dr. R e x

Beglaubigt:



*Meißner*  
Kanzleiangestellte

DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FERNRUF 32 48 22

POSTSHECKKONTO: BERLIN-WEST 111 85

BANKKONTO:

BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT  
BERLIN W 15, UHLANDSTRASSE 105/106

BÜROZEIT:

9-12 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

H.

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, DEN 24. Dezember 1959.  
CAHMERSTRASSE 131  
(NAHE STEINPLATZ, ZOO UND SAVIGNYPLATZ)

Frau

Eva E. G i l l a t t ,

67 Broadlea Road,  
Burnage, Manchester 19 / England.-

Herrn

R.M. K i n g ,  
9, Broadgates Avenue, Hadley Wood,  
B a r n e t , Herts./England.-

Sehr geehrte Frau Gillatt!

/ In der Entschädigungssache nach Ihrer Mutter - Register-Nr.: 70 868  
überreiche ich Ihnen in der Anlage den Bescheid des Entschädigungs-  
amtes vom 21.d.Mts. bezüglich Schadens im beruflichen Fortkommen  
mit der Bitte um Mitteilung, ob Sie damit einverstanden sind.  
Die Frist zur Erhebung der Klage läuft am 22.März 1960 ab.

Mit bestem Grüssen und allen guten Wünschen zum Weihnachtsfest  
und Jahreswechsel

Ihr



Rechtsanwalt.

Abschrift/H.

Ausfertigung.

Wiedergutmachungsämter  
von Berlin

Berlin SW 61, den 19. Mai 1960  
Alte Jakobstraße 148-155  
Tel.: 61 0341 - App. 64 P

Akt.Z.: 55/52 MGA 601/57  
Reg.Nr.:

B e s c h l u ß

In dem Rückerstattungsverfahren

- 1) des Herrn Ronald Michael K i n g (früher: Werner Oppenheim),  
9 Broadgates Avenue, Hadley Wood, Barnet/Herts., England,
- 2) der Frau Eva Emmy G i l l a t t geb. Oppenheim, 67 Broadlea  
Road, Burnage, Manchester 19/England,

Antragsteller

Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Ludwig Ruge, Berlin-  
Charlottenburg 2, Carnerstraße 13 I,

g e g e n

das Deutsche Reich,  
vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, Bonn,  
dieser vertreten durch den Senator für Finanzen,  
Sondervermögens- und Bauverwaltung - Fin III S Verm.  
Berlin-Charlottenburg 2, Fasanenstraße 87,

Antragsgegner,

hat das Wiedergutmachungsamt 55  
durch den Richter B r ä m e r  
beschlossen.

- 1) Der Antragsgegner wird verurteilt, an die Antragsteller  
in ungeteilter Erbengemeinschaft

300.--- DMADB

in Worten: Dreihundert Deutsche Mark der Deutschen Bundes-  
bank nach Maßgabe der §§ 31-37 des Bundesrückerstattungs-  
gesetzes zu zahlen.

- 2) Das Verfahren ist gebührenfrei.
- 3) Eine Restattung ausssergerichtlicher Kosten findet nicht  
statt.

G r ü n d e :

Die Antragsteller sind die ausgewiesenen Erben der russisch  
verfolgt gewesenen Edith O p p e n h e i m geb. Salomonsohn,  
die in der massgebenden Zeit in Berlin W. 30, Landshuter Straße 8,  
wohnte.

Der Geschädigten sind ausweislich der Akten des Oberfinanzpräsi-  
den von Berlin-Brandenburg 05205 - 61/36749 die auf Blatt 43  
dieser Akten aufgeführten Gegenstände (ein Bandring aus Silber,  
ein loser Amethyst, 1 Füllfederhalter usw.) entzogen worden.

Die Antragsteller beantragen Rückerstattung.

- 2 -

Der Anspruch ist nach Artikel 1,2,26 Abs. 3, Artikel 27 Abs.2 und 3 RMAO in Verbindung mit § 16 BRUG begründet.

Da die Parteien sich auf den Ersatzbetrag von 300.-- DM geeinigt haben, war dem Anspruch nach Artikel 56 Abs.3 RMAO stattzugeben, und zwar gebührenfrei (Artikel 65 RMAO).

Gegen die Entscheidung kann jeder Beteiligte binnen eines Monats, bei Wohnsitz im Ausland binnen dreier Monate, die Entscheidung der Wiedergutmachungskammer durch Einspruch bei dem Wiedergutmachungsamt anrufen. Die Frist beginnt mit der Zustellung der anzufechtenden Entscheidung.

gez. B r ä m e r

L.S.      Ausgefertigt:  
          gez. Unterschrift  
          Angestellte  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
der Wiedergutmachungsämter von Berlin

**DR. LUDWIG RUGE**  
**RECHTSANWALT UND NOTAR**

**FERNRUF 33 48 22**

**POSTSCHECKKONTO: BERLIN-WEST 111 85**

**BANKKONTO:**

**BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT**  
**BERLIN W 15, UHLANDSTRASSE 165/166**

**BÜROZEIT:**

**9-16 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR**

**H.**

**BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, DEN 31.Mai 1960.**  
**CARMERSTRASSE 131**  
**(NAHE STEINPLATZ, ZOO UND SAVIGNYPLATZ)**

**Frau**

**Eva E. G i l l a t t ,**  
**67, Broadlea Road,**  
**Burnage,**  
**M a n c h e s t e r 19/England;**

**Herrn**

**R.M. K i n g ,**  
**9, Broadgates Avenue,**  
**Hadley Wood,**  
**B a r n e t , Herts./England.-**

Sehr geehrte Frau Gillatt!

In Ihrer Rückerstattungssache nach Ihrer Mutter ./.. Deutsches Reich betr. Wertgegenstände - Aktenzeichen:55/52 WGA 601/57 -  
/ überreiche ich Ihnen in der Anlage Abschrift des mir am 28.d.Mts. zugestellten Beschlusses der Wiedergutmachungsämter vom 19.5.1960 zur gefl. Kenntnisnahme.

Mit bestem Gruss

Ihr



Rechtsanwalt.

Entschädigungsamt Berlin

GeschZ.: III B 55

Reg.Nr.: 70 868

Berlin W 35, den 29. Mrz. 1961

Potsdamer Straße 182, Zimmer: 332

Fernruf: 71 05 11, Apparat: 656

Sprechzeit: Dienstag von 8.30 bis 14 Uhr

Mit Postzust.-Urk. — ~~Besteuerung durch Einkommensteuer~~

Herrn ~~Dr.~~  
Rechtsanwalt und Notar  
Dr. Ludwig R u g e

Berlin-Charlottenburg 2  
Carmerstr. 13

Bescheid

Über den Entschädigungsantrag vom 12. Dezember 1957 -- Einlagebogen F --

Verfolgter:

Name Oppenheim geb. Salomonsohn , Edith  
geboren am 5. März 1394 in Hohensalza  
wohnhaft in ---  
für tot erklärt zum 31. Juli 1944  
~~verstorben~~ ~~XX~~

Erbe (Erbengemeinschaft) ~~XX~~ ~~in~~ ~~der~~ ~~Erbschaft~~ ~~XX~~

1. Herr K i n g , Ronald,  
geboren am 2. Dezember 1922 in Berlin,  
wohnhaft in 9 Broadgates Av. Hadley Wood, Barnet Herts, England,
2. Frau G i l l a t t geb. Oppenheim, Eva, Emmy,  
geboren am 21. Mai 1920 in Berlin,  
wohnhaft: 77 Barlow Road, Levenshuhne, Manchester 19 / England

(Bevollmächtigter ~~Dr. X~~ ~~Entschädigungsamt~~ siehe oben)

wird wie folgt entschieden:

- 1) Die auf Grund des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 559 / GVBl. S. 764) in Verbindung mit dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus vom 10. Januar 1951 in der Fassung vom 21. Februar 1952 (GVBl. S. 116) und den dazu ergangenen Änderungsgesetzen geltend gemachten Ansprüche auf Entschädigung wegen Schadens

durch Ausfall von Versorgungsleistungen - F -

werden abgelehnt.

- 2) Die Entscheidung ergeht gebührenfrei.

- 2 -



Begründung:

Die Verfolgte, Frau Edith Oppenheim, hatte ihren letzten inländischen Wohnsitz in Berlin (West). Sie wurde deportiert. Da sie aus der Deportation nicht zurückkehrte, wurde ihr Tod durch Beschluß des Amtsgerichts Schöneberg vom 27. April 1950 auf den 31. Juli 1944 festgesetzt.

Erben in ungeteilter Erbengemeinschaft auch gemäß § 140 BEG sind ihre Kinder

1. Herr Ronald K i n g ,  
wohnhaf: 9 Broadgates Av. Hadley Wood, Barnet Herts /  
England,
2. Frau Eva, Emmy G i l l a t t geb. Oppenheim,  
wohnhaf: 77 Barlow Road, Levenshulme, Manchester 19 /  
England.

Die Antragsteller geben im Entschädigungsantrag an, daß ihrer Mutter aus dem Beamtenversicherungsverein eine Witwenrente zustand. Der nach dem Tode ihrer Mutter bei dem Beamtenversicherungsverein verbliebene Betrag in Höhe von 11.953,88 RM wurde seinerzeit vom Oberfinanzpräsidenten beschlagnahmt und vereinnahmt.

Die Erben begehren Auszahlung dieses anstehenden Deckungskapitals.

Der Antrag ist frist- und formgerecht gestellt, er ist aber nicht begründet.

Die Verfolgte zählt zum Personenkreis des § 1 Abs. 1 BEG. Die Wohnsitzvoraussetzungen nach § 4 Abs. 1 Ziff. 1 c BEG sind erfüllt.

Die örtliche Zuständigkeit des Entschädigungsamtes Berlin für die Feststellung des Anspruches ist nach § 185 Abs. 2 Ziff. 3 BEG gegeben.

Ausschließungsgründe nach § 6 Abs. 1 Ziff. 1-4 BEG und Versagungsgründe nach § 7 BEG konnten nicht festgestellt werden.

Die Ermittlungen des Entschädigungsamtes haben ergeben, daß am 25. Oktober 1955 vor den Wiedergutmachungsämtern - 52 WGA 211/55 und 219/55 ein Vergleich geschlossen wurde, nach welchem sich das Deutsche Reich wegen des beschlagnahmten Deckungskapitals von 11.953,88 RM zur Leistung von Schadensersatz verpflichtet hat.

Der Schaden ist hiermit ausgeglichen. Ansprüche gemäß § 129 BEG stehen den Antragstellern darüber hinaus nicht mehr zu.

-----

Die Gebührenfreiheit beruht auf § 207 Abs. 1 BEG.

#### Rechtsmittel

Der (Die) Antragsteller(in) kann gegen das Land Berlin, vertreten durch den Senator für Inneres, dieser vertreten durch den Direktor des Entschädigungsamts, Klage erheben, soweit der Antrag abgelehnt worden ist.

Die Klage ist innerhalb einer Frist von 3 — sofern der (die) Kläger(in) im außereuropäischen Ausland wohnt, von 6 — Monaten seit der Zustellung dieses Bescheides beim Landgericht Berlin, Berlin W 35, Am Karlsbad 6, einzureichen.

Die Klageschrift muß die Bezeichnung des Gerichts und der Parteien, die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs sowie einen bestimmten Antrag und die erforderlichen Beweismittel enthalten und von dem (der) Kläger(in) oder seinem (ihrem) Bevollmächtigten unterschrieben sein.

Die Klageschrift ist in **doppelter Ausfertigung** einzureichen.

Im Verfahren vor dem Landgericht besteht kein Anwaltszwang.

Die Klage kann auch zu Protokoll der Rechtsantragsstelle des Landgerichts erhoben werden.

Im Auftrage

Auer



DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FERNRUF 32 48 22

POSTCHECKKONTO: BERLIN WEST 111 85  
BANKKONTO:  
BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT  
BERLIN W 15, UHLANDSTRASSE 165/166  
BÜROZEIT:  
9-16 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

H.

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, DEN 30. März 1961.  
CARMERSTRASSE 131  
(NAHE STEINPLATZ, ZOO UND SAVIGNYPLATZ)

Frau

Eva E. G i l l a t t ,  
67 Broadlea Road,  
Burnage, Manchester 19 / England;

Herrn

R.M. K i n g ,  
9, Broadgates Avenue, Hadley Wood,  
B a r n e t , Herts./England.-

Sehr geehrte Frau Gillatt!

In der Entschädigungssache nach Ihrer Mutter - Reg.Nr.: 70 868 -  
überreiche ich Ihnen in der Anlage den mir heute zugestellten  
/ Bescheid des Entschädigungsamtes vom 29. März 1961 bezüglich  
Schadens durch Ausfall von Versorgungsleistungen. Der Bescheid  
ist in Ordnung. Die Entschädigung haben Sie mit DM 1.285,54  
gemäss Befriedigungsbescheid des Finanzsenators vom 25.4.1958  
erhalten.

Mit bestem Gruss

Ihr



Rechtsanwalt.

DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FERNRUF 32 48 22

POSTSCHECKKONTO: BERLIN-WEST 111 85

BANKKONTO:  
BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT  
BERLIN W 15, UHLANDSTRASSE 165/166

BÜROZEIT:  
9-10 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

H. BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, DEN 28. Juni 1961.  
CARMERSTRASSE 131  
(NAHE STEINPLATZ, ZOO UND SAVIGNYPLATZ)

Frau  
Vera Schachnow,  
Berlin W 15, Uhländstr. 28, Gh. I;

Frau  
Eva E. Gillatt,  
67 Broadlea Road, Burnage, MANCHESTER 19/Engl.;

Herrn  
Ronald Michael King,  
9, Broadgates Avenue, Hadley Wood,  
Barnet, Herts./England.

Sehr verehrte Frau Gillatt!

- In der Rückerstattungssache nach Frau Anna Schachnow  
./.. Deutsches Reich betr. Wohnungseinrichtung - Aktenzeichen:  
55 WGA 21159/59 - überreiche ich Ihnen in der Anlage in Abzug  
/ den mir am 26.d.Mts. zugestellten Beschluss der Wiedergutmachungs-  
ämter von Berlin vom 16.Juni 1961 zur Kenntnisnahme.  
/ Ich füge meine Kostenrechnung mit der Bitte um Begleichung hier  
bei.

Mit bestem Gruss

Ihr



Rechtsanwalt.

# Ausfertigung

Wiedergutmachungsämter  
von Berlin

Berlin SW 61, den **16. Juni 1961**  
Alte Jakobstraße 148-155  
Tel.: 61 0341 - App. **64** **Mz**

Akt.Z.: **55 WGA 21 159/59**

Reg.Nr.: **G/6867/Sch**

**26. JUNI 1961**

## B e s c h l u ß

In dem Rückerstattungsverfahren

- 1.) der Frau Vera Schachnow geb. Monasch,  
77, Fitzroy Street, Melbourne-St.Kilda, Victoria/Australien,
- 2.) der Frau Eva G i l l a t t geb. Oppenheim,  
77, Barlow Road, Levenshulme, Manchester 19/England,
- 3.) das Herrn Ronald Michael K i n g,  
9, Broadgates Hadley Wood, Barnet/Herts./England,

Antragsteller

Verfahrensbevollmächtigter:

Rechtsanwalt Dr. Ludwig R u g e,  
Berlin - Charlottenburg 2,  
Carmerstrasse 13,

g e g e n

das Deutsche Reich,  
vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, Bonn.  
dieser vertreten durch den Senator für Finanzen, IV/D 9 - 01489 -  
Sondervermögens- und Bauverwaltung, - Fin 105  
Berlin-Charlottenburg 2, Fasanenstrasse 97.

Antragsgegner.

hat das Wiedergutmachungsamt **55**

durch d en Richter **W i l k e**

beschlossen:

- 1.) Der Antragsgegner wird verurteilt, an die Antragsteller  
in ungeteilter Erbengemeinschaft

DM 1.500,00 (eintausendfünfhundert Deutsche Mark  
der Deutschen Bundesbank)

zu zahlen nach Maßgabe des Bundesrückerstattungs-  
gesetzes (BRUG) und der Devisenvorschriften.

- 2.) Das Verfahren ist gebührenfrei.

Eine Erstattung außergerichtlicher Kosten findet nicht statt.

Gründe

G r ü n d e :  
=====

Die Antragsteller machen als ausgewiesene Erben der Geschädigten Anna S c h a c h n o w geb. Haymann, die zuletzt in Berlin W. 50, Ansbacher Strasse 8a, wohnte, Rückerstattungsansprüche geltend wegen der Entziehung der Wohnungseinrichtung.

Der Antrag ist gemäss Artikel 1, 2, 26, 27 der Rückerstattungsanordnung (REAO), § 16 BRMG begründet.

Die Parteien haben sich als Schadensersatz auf den aus dem Tenor ersichtlichen Betrag geeinigt.

Die Kostenentscheidung beruht auf Artikel 65 REAO und § 13 der BK/O (54) 8 vom 15.6.1954.

Gegen die Entscheidung kann jeder Beteiligte binnen eines Monats - bei Wohnsitz im Ausland binnen dreier Monate - die Entscheidung der Wiedergutmachungskammer durch Einspruch bei dem Wiedergutmachungsamt anrufen. Die Frist beginnt mit der Zustellung dieser Entscheidung.

gez. W i l k e

A u s g e f e r t i g t :

gez. Unterschrift  
Verwaltungsangestellte  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle  
der Wiedergutmachungsämter von Berlin

L.S.

Zweitschrift

DR. LUDWIG RUGE  
RECHTSANWALT UND NOTAR

FERNRUF 32 48 22

POSTSCHECKKONTO: BERLIN-WEST 111 85

BANKKONTO:

BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT  
BERLIN W 15, UHLANDSTRASSE 105/106

BÜROZEIT:

9-18 UHR, SONNABENDS 9-13 UHR

H.

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, DEN 28. Juni 1961.  
CARMERSTRASSE 181  
(NAHE STEINPLATZ, ZOO UND SAVIGNYPLATZ)

K o s t e n r e c h n u n g

in der Rückerstattungssache

der Erben nach Anna S c h a c h n o w geb. Haymann, nämlich  
a) Frau Vera Schachnow - nach Dr. Kurt Schachnow  
b) Eva E. Gillatt geb. Oppenheim  
c) Ronald Michael King,  
gegen Deutsches Reich - Aktenzeichen: 55 WGA 21 159/59.


Wert: DM 1.500,-- (Beschluss vom 16. Juni 1961)

|  |               |
|--|---------------|
| Verfahrensgebühr (1 Gebühr nach ERAGO) ..... | 75,-- DM      |
| Portoauslagen seit dem 3.2.1961 .....        | 3,-- "        |
| Umsatzsteuer 4 % .....                       | <u>3,12 "</u> |

zusammen:

81,12 DM

Berlin, den 28. Juni 1961

  
Rechtsanwalt.



**End of Eva Gillatt Family Collection**

---

